

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 39. Jahrgang

AZB 5332 Rekingen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.- / Jahresabo Fr. 45.-

Erscheint monatlich

Nr. 11 2003

Démocrate  Suisse
Pages 13-15

Nationalratssitz gerettet, aber...



Rudolf Keller,
Landrat,
e. Nationalrat
und SD-Zentralpräsident,
Frenkendorf/BL

Wir wussten, dass es bei diesen eidgenössischen Wahlen für uns sehr schwer werden dürfte, unseren Berner Nationalratssitz zu halten. Deshalb haben wir den Wahlkampf mit Schwergewicht auf den Kanton Bern geführt – führen müssen! Leise Hoffnungen hatten wir noch im Kanton Zürich und in Baselland hätte uns nur eine gehörige Wahlüberrschung helfen können. Aber man weiss ja nie. Doch beides ist nicht eingetreten.

Das Positive vorweg: Wir sind – auch dank Listenverbindungen mit JSD, FPS, PIG – nach wie vor im Nationalrat vertreten und mussten nicht wie der Landesring und die Freiheitspartei von der politischen Bühne abtreten. Unser Zentralsekretär, Bernhard Hess, Bern, wurde ehrenvoll wiedergewählt und ich gratuliere ihm namens der SD herzlich zu seinem guten Abschneiden. Bernhard Hess wird weiterhin unser Fahnenträger im Nationalrat sein.

Protestwahlen

Es waren Protestwahlen gegen

die sogenannten Mitte-Parteien und da haben die kleineren Parteien tendenziell eher an Stimmen verloren und eine Partei, die SVP, wurde grosse Siegerin. Viele Leute hatten genug von all den Problemen um die Asylanten, um die Einwanderung, um das Finanzloch, um die Kriminalität usw... Deshalb wählten sie SVP. Auf der andern Seite gehörten die linksgrünen Parteien zu den Siegern. Man könnte nun sagen, dass wir als SD unseren Sitz halten konnten, währenddem die CVP vermutlich einen ihrer Bundesratssitze an den grossen Volkstribun der SVP abtreten muss. Also müssten wir zufrieden sein. Aber das kann und darf uns nicht befriedigen. Es gibt nichts zu beschönigen: Wir haben verloren und werden viel arbeiten müssen, um diesen verlorenen Boden wieder wettzumachen. Aber das ist natürlich durchaus möglich. Schon in vier Jahren kann alles wieder anders aussehen. Die Politik ist immer ein Auf- und Ab. Ich gehe davon aus, dass jetzt die Zeit gekommen ist, wo die SVP an der Decke angeschlagen hat, wo es ganz einfach nicht mehr weiter hinauf geht. Und sobald die Leute merken, dass die Bundesratspartei SVP ihre Probleme kaum lösen kann, unter anderem auch weil sie die andern Bundesratsparteien bremsen, wird es für uns und andere Parteien wieder mehr Luft zum Atmen geben. Davon bin ich fest überzeugt.



Bernhard Hess –
weitere vier Jahre
im Bundeshaus.

Ich bin auch sicher, dass unsere Durststrecke nicht mehr lange dauert. Aber wir müssen bereit sein, durchzuhalten, dann kommt wieder unsere Zeit!

Danke JSD, FPS, PIG, AS, JIP und EDU

Wir gratulieren den Jungen Schweizer Demokraten der Kantone Bern und Aargau zu ihrem guten Abschneiden bei den Nationalratswahlen. Den JSD und unseren weiteren Listenverbindungspartnern Freiheitspartei (FPS), Partei Interessengemeinschaft Gesundheit (PIG), Aktive Senioren (AS) und Junge ins Parlament (JIP) danken wir sehr herzlich für ihre Listenverbindungen. Mit der Eidgenössisch-Demokratischen Union (EDU) hatten wir leider nur im Kanton Zürich eine Listenverbindung. Immerhin haben unsere Stimmen der EDU zu einem zweiten Nationalratsmandat verholfen.

Auch auf Ihre Spenden

sind wir weiterhin angewiesen. Noch sind nicht alle Rechnungen der Nationalratswahlen bezahlt und für die kommenden politischen Ausmachungen benötigen wir wieder Geld in unserer Zentralkasse. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Rudolf Keller und Bernhard Hess

Fragwürdige Polittmethoden

Alle SVP-Gegner werden mit einer knüppelhaften Politik verunglimpft, manche gar regelrecht fertig gemacht. Mit einer geschickten Propaganda ist es der SVP gelungen, die Aufmerksamkeit vermehrt auf die Asylfrage zu lenken. Und es ist sicher nicht von der Hand zu weisen, dass die Asylpolitik der andern drei Regierungsparteien sehr grosse Probleme ins Land gebracht hat. Der SVP ist es aber gleichzeitig auch gelungen, vom wahren Problem unseres Landes abzulenken. Der Einwanderung nämlich, die ein Mehrfaches von dem beträgt, was uns die Asylpolitik beschert. Aber das kann man momentan den Leuten nicht klar machen. Man hat es mit einer regelrechten Asylhysterie zu tun. Das Schweizer Volk merkt nicht, dass immer mehr Ausländer auf dem legalen Weg in unser Land einwandern, welche von ausserhalb Europas kommen. Die SVP hat gegen diese Leute nichts einzuwenden. So sagten beispiels-

weise SVP-Fraktionschef Kaspar Baader und Christoph Blocher im Wahlkampf übereinstimmend, dass diese regulär einwandernden Leute nicht das Problem seien. Wir bräuchten solche Einwanderer. Dabei drängt vor allem auf dem sogenannt ordentlichen Einwanderungsweg der Islam ins

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 2 Krankenkassen – alle lügen uns an!
- 3 Vom Zaun aus gesehen
- 4 Durch Sieg von SVP und Grünen ökologische Politik?
- 5 Das dümmste Volk der Welt
- 6 Leben und Umwelt
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 12 Der Leser hat das Wort

Nationalratssitz gerettet, aber...

Fortsetzung von Seite 1

Land! Die SVP verstand und versteht es geschickt, von dieser Tatsache abzulenken, und sehr sehr viele Mitbürgerinnen und Mitbürger merken das gar nicht! Sie meinen noch immer, die SVP würde die Einwanderung bekämpfen. Das ist aber falsch, sie bekämpft nur die Asylpolitik und Asylmissbräuche. Viele, die SVP wählen, werden so arg getäuscht.

Die Zeit wird sehr bald kommen...

... wo die Leute merken, dass die sogenannte ordentliche Einwanderung das Schlimme ist, das unserem Lande und seiner Bevölkerung angetan wird. Und nun wäre es eigentlich unsere Aufgabe, dies politisch aufzuzeigen. Aber wir haben das viel zu wenig konsequent getan. Und viele von uns sind bequem geworden und haben sich in den Sessel zurückgelehnt. Wah-

len kann nur gewinnen, wer wirklich kämpft. Heutzutage braucht es einen unglaublich grossen Einsatz vor und während der Wahlzeit, wenn man Erfolg haben will. Diesen Einsatz haben wir leider bei vielen unserer Leute bis hinauf in die Führungsgremien vermisst. Den ändern, die gekämpft haben, danke ich von ganzem Herzen für ihren mustergültigen Einsatz. Das einzige Mittel, das wir in unseren Händen haben, um wirklich effektiv zu kämpfen, ist unsere Eidgenössische Volksinitiative «Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten». Aber ich frage mich, weshalb nicht einmal alle Leute, die unsere Zeitung erhalten haben, diese sehr griffig formulierte Volkinitiative unterzeichnet haben. Das kann ich nicht begreifen!

Wenn jeder, der diese Zeitung erhält, fünf Unterschriften beibringt, dann wäre das Werk schon vollbracht – so einfach wäre das. Warum passiert das aber nicht? Ist das wirklich zu viel verlangt von unseren Leuten?

Es wäre an jedem von uns, sich nochmals einen Ruck zu geben und für Volk und Heimat das zu machen, was man eigentlich tun müsste: Mindestens fünf Unterschriften sammeln...

... und das Geld fehlt

Heutzutage können Wahlkämpfe nur mit viel Geld gewonnen werden. Wir konnten für die 10 Kantone, in denen wir Listen aufgestellt hatten, vielleicht etwas mehr als 200'000 Franken mobilisieren. Immerhin haben wir dank unserer umsichtigen «Finanzpolitik» keine Schulden. Aber davon haben wir auch nicht gelebt. 200'000 Franken sind natürlich nichts im Vergleich zu den Mitteln, welche die ändern Parteien haben. Wir müssen daher dringend grössere Geldquellen erschliessen. Im Kanton Zürich bräuchte es viermal die rund Fr. 50'000.–, welche bei diesen Wahlen investiert wurden, dann hätten wir Wahlchancen. Es wird nun die schwierige Aufgabe von uns allen sein, nach solchen

Geldquellen Ausschau zu halten. Denn wenn man genügend Geld hat, kann man auf sich aufmerksam machen. Dann hat man auch die Möglichkeit, selbst aktiv politische Schwerpunkte zu setzen. Wenn man Meinungsmacher ist, gehört man zu den Siegern, das ist klar. Und noch etwas ist ebenfalls sicher: Wenn die SVP mit einem zweiten Vertreter im Bundesrat Einsitz nimmt, dann steigen unsere Wahlchancen wieder schlagartig. Geht diese Partei aber in die Opposition, wirds für uns noch schwieriger. Wir wollen aber zuversichtlich sein und weiterkämpfen – den kommenden Generationen zuliebe. Mit den Schweizer Demokraten ist weiter zu rechnen. Den 129 kandidierenden SD-Leuten danke ich sehr herzlich für ihren Nationalrats- und Ständeratswahleinsatz.

SD 
Schweizer Demokraten

Krankenkassen (KK) – alle lügen uns an!

Als Kinder haben wir gelernt, dass man aktiv lügen kann, indem man etwas Falsches behauptet und spätestens als Jugendliche haben wir begriffen, dass es auch eine passive Lüge gibt – dort wo wir etwas berichtigen, richtig stellen sollten und einfach schweigen oder keine Aussage wagen. Leider ist die zweite Version in der Politik häufig anzutreffen; damit leisten aber viele Politiker und Parteien dem Lande und den Menschen einen miserablen Dienst!

KK – die wahren Zusammenhänge!

Bevor der Anti-Rassismusartikel §261 bis in Kraft getreten war, also vor mehr als zehn Jahren, haben Krankenkassen öffentlich erklärt, dass sie pro Jahr maximal 45'000 neue Mitglieder aufnehmen könnten, ohne aufschlagen zu müssen. Heute aber «spielen» auch sie mit gezinkten Karten, weil sie Angst vor Rassismusklagen haben! Auch der Bundesrat (BR) «spielt» mit gezinkten Karten und sagt öffentlich, der Ausländerbestand hätte im letzten Jahr um 40'000 zugenommen. Mit Blick auf die damalige Aussage der KK denkt jeder ja gut, daran kann es ja gewiss nicht liegen, dass die KK-Prämien erneut angehoben werden müssen... Der BR sagt aber leider nicht alles, was gesagt werden müsste! Denn

im gleichen Jahre wurden über 30'000 eingebürgert und weitere 60'000 Fremdarbeiter pensioniert. Die Pensionierten sind meistens in ihre Heimat zurückgereist. Also müsste der Bestand an Ausländern um etwa 90'000 abgenommen haben. Doch davon sind wir weit entfernt! Im Gegenteil, der Bestand hat erneut und wie schon gesagt um 40'000 zugenommen! Die Eingebürgerten und Pensionierten (rund 90'000) wurden also still und heimlich «aufgefüllt»? In Tat und Wahrheit haben wir also eine Einwanderung von 40'000 und 30'000 und 60'000. Das heisst, die KK mussten über 130'000 neu als Mitglieder aufnehmen und diese Zahl liegt natürlich weit über 45'000...

Aber das ist noch lange nicht alles...

Denn zu diesen 130'000 kommen noch ganz andere Zahlen: Es sind die Asylbewerber aus aller Welt, Kurzaufenthalter und viele andere Kategorien! Gehen Sie nun in ein Spital! Was fällt Ihnen auf? Ist der Ausländeranteil der Patienten nicht in vielen Spitälern höher als der offizielle, vom Bundesrat mit 20% deklarierte Ausländeranteil? Vierterorts wurden 40%, 50% und mehr gezählt – von den Geburten gar nicht zu reden. Gemäss Fachpersonal kommen viele Ausländer

(z.B. als Asylbewerber) in die Schweiz, um sich hier medizinisch behandeln zu lassen oder um hier eine Operation zu überstehen, die sie in ihrer Heimat niemals machen lassen könnten. Einerseits fehlt es in jenen Ländern oft an medizinischem Fachpersonal oder ganz einfach an den finanziellen Mitteln.

Darum schreiben unsere Krankenkassen rote Zahlen!

Wen wunderts also, dass unsere KK seit Jahren rote Zahlen schreiben und Jahr für Jahr die Prämien steigen – zum Leidwesen unseres Volkes und der ganzen Wirtschaft,

die dringend die Kosten senken sollte. Aber auch die älteren Leute und Pensionare tun schwer daran, mit teils mageren Renten immer höhere Prämien berappen zu müssen! Warum aber werden wir derart angelogen? Warum werden die wahren Gründe nicht auf den Tisch gelegt? Haben KK und Parteien Angst vor dem Rassismusartikel? Sind sie und wir alle zu Gefangenen ihrer eigenen Politik geworden? Was für ein gewaltiges Demokratie-Fiasko, das am Schluss zum grossen Schaden für Volk, Wirtschaft und Demokratie werden wird!

Willi Schmidhauser, Präsident
SD Thurgau, Dettighofen

Umweltverbände und Einwanderung

In einer Pressemitteilung fordern die fünf grossen Umweltverbände der Schweiz ehrgeizige Umweltziele für unser Land. So soll eine deutliche Reduktion des Energieverbrauchs, weniger Strassenverkehr, mehr Naturparks, der Ausstieg aus der Kernenergie erreicht werden.

Dazu sollen die natürlichen Ressourcen verteuert werden. Die Autofahrer stehen wie gewohnt im Mittelpunkt. Neu ist, dass eine konzentrierte Siedlungsentwicklung gefordert wird, um die Zer-

siedlung zu bremsen. Noch immer sind die Umweltverbände nicht auf die Idee gekommen, die Einwanderung zu reduzieren. Wenn pro Jahr rund 60'000 Personen einwandern bedeutet dies ca. 30'000 Autos mehr in der Schweiz. Selbstverständlich heisst dies auch mehr Bedarf an Wohnraum und mehr Energieverbrauch.

Wann werden die Umweltverbände begreifen, dass die Bevölkerungszahl und der Umweltschutz im Zusammenhang stehen.

Kurt Koller, Lichtensteig

Vom Zaun aus gesehen!

Ein Kommentar nach den Nationalratswahlen.

Weckten die Ergebnisse der Nationalratswahlen höchst zwiespältige Gefühle, so erscheint das nachfolgende Theater der Verlierer, insbesondere der CVP schlicht als eine schlechte Komödie. Deren Abschluss werden die Bundesratswahlen vom 10. Dezember bilden. Man kann gespannt sein, ob dann noch ein Rest von Würde und eine Funke Hoffnung für die Lösung der anstehenden Probleme übrig bleiben wird.

Was erwartet der Schweizer von seinem Parlament und seinem Bundesrat?

1.) Herr und Frau Normal-Schweizer wollen, dass unser föderalistischer Kleinstaat mit seinen einzigartigen Volksrechten auf unbeschränkte Zeit – politisch – unabhängig erhalten bleibt. Also haben die Parlamentarier und der Bundesrat ihren Treueschwur (oder Treue-Gelöbnis) zu Land und Volk ernst zu nehmen. Als Konsequenz hätte z.B. die inzwischen abgetretene Bundesrätin Dreifuss sofort zum Rücktritt gezwungen werden müssen, als sie seinerzeit erklärte, ob die Schweiz 2007 als selbstständiger Staat noch existiere, sei ihr egal. – Wenn gegenwärtige Magistraten unsere politische Unabhängigkeit auf dem Altar der EU erklärterweise opfern wollen, gehören diese abgewählt; ganz egal ob es sich dabei um Vertreter der SP, der FDP, der CVP, der Grünen oder gar der SVP handelt.

Solange lauthals der EU-Beitritt als Option aufrecht erhalten bleibt (das entsprechende Gesuch des Bundesrates ist in Bruxelles noch immer deponiert) oder gar von einem Projekt in Ausführung gesprochen wird (BR Deiss), besteht unser oberstes Gremium mehrheitlich aus eidbrüchigen Volkstäuschern.

2.) Bundesrat und Parlament haben den Mehrheitswillen des Volkes sehr ernst zu nehmen und ohne «wenn» und «aber» zu vollziehen. Die wertenden Kommentare zu Abstimmungsergebnissen hängen uns nachgerade zum Hals heraus. Stimmt der «Souverän» gemäss bundesrätlichem Willen, sind wir gut informiert (oder oftmals indoktriniert!), klug und weitsichtig. Zeigt sich der Volkswillen im Widerspruch zu Bundesrat und Parlamentsmehrheit, sind wir ungenügend aufgeklärt, von der gegnerischen Propaganda verführt oder vom Thema schlicht

überfordert. – Also plant man bereits die nächste Vorlage gleichen oder ähnlichen Inhaltes und setzt dann mehr Propagandamittel ein zur Brechung des Mehrheitswillens. Mittel, die der Steuerzahler – notabene – selber aufbringen muss. Unbekümmert um die Faktenlage, werden nach negativ verlaufenen Abstimmungen der Bürgerschaft jahrelang Schuldzuweisungen gemacht für aktuelle Schwierigkeiten, die angeblich «damals» hätten verhindert werden können.

3.) Die nominell bürgerliche Mehrheit hat endlich eine bürgerliche Politik durchzusetzen. Seit Jahrzehnten rutscht unser Staat immer tiefer in eine rosarote Gesellschaftsordnung hinein, in welcher randständige Gruppen wie Drogensüchtige, Chaoten, illegale Einwanderer, Straffällige usw. gehätschelt werden und dem auf Selbstverantwortung bedachten Bürger unzumutbare Steuerlasten aufgebürdet werden.



Wie wirken einzelne Parteien auf den aufmerksamen Beobachter?

Die FDP hat sich in den letzten Jahren das Image einer Abzocker-Partei erworben. Unsinnig hohe Manager-Löhne, goldene Fallschirme für ausgestiegene Führungskräfte, schonende Beurteilung von Unternehmern, die sich keinen Deut um die Erhaltung der Arbeitsplätze, sehr wohl aber um die Befriedigung ihres Prestiges kümmern, liessen den guten Ruf der einstigen Wirtschaftspartei wie Schnee an der Märzsonne schmelzen. Der internationalistische Grössenwahn kostete unsere Volkswirtschaft Milliarden, die Verführung von Kleinsparern zur Börsenspekulation und schliesslich die spektakulären Pleiten und Verluste wie jene der Swissair, der Landesausstellung usw. haben bei den letzten Wahlen tiefe Spuren hinterlassen.

Die CVP wird als schlaumeiernder, wankelmütiger Verein empfunden. Das hohe C im Namen hat sie mit

dem Einschwenken auf die legale Abtreibung, dem halbherzigen Kampf gegen so diabolische Entwicklungen im Bereiche der Drogen, der Kleinkriminalität, der Umweltzerstörung, des Verlustes der kulturellen Identität usw. längst verspielt. – Mit Zahnbürstli-Gags, Servelats-Festen und biereligen Auftritten von Parteiführung und Bundesräten lässt sich wirklich «kein Staat» machen. – Ihr Lausbubenstückli mit der vorgezogenen Neuwahl von zwei Bundesräten vor den eidgenössischen Wahlen 1999 und dem Gejammer jetzt, da andere Parteien die Zauberformel, nach welcher alle politischen Kräfte gemäss ihres Wähleranteils in die Regierungsverantwortung eingebunden werden sollten, durchzuhalten wünschen, lässt sie als sehr schlechte Verliererin erscheinen. Immerhin stammt die Zauberformel aus der seinerzeitigen kk-Küche. – Das Schlechtmachen des politischen Gegners, die plötzliche, unwiderstehliche Lust auf eine Mitte-Links-Regierung trotz offensichtlich anderem Wählerwillen wird ihr für die weiteren Wahlen schlecht bekommen.

Die SP wird je länger je mehr zur Lügner-Partei, die mit Volksverhetzungen wie «Rentenklaue», «AHV-Sanierung auf dem Buckel der Frauen», «Augen-auf»-Aktionen zu Gunsten illegaler Einwanderer, Streiks gegen unumgängliche Sanierungen bedrohter Firmen den Erfolg in Wahlen und Abstimmungen sucht. Ihre seinerzeitigen, rufschädigenden Aktionen im Zusammenhang mit den kommunistischen, inzwischen kolabierten Regimes und den jüdischen Verunglimpfungen (D'Amato, Bronfmann, Singer, usw.) machen es schwer, sie noch als Vertreterin der Interessen des Schweizervolkes wahrzunehmen. Es ist typisch, dass sich ihre aktuellen Wahlerfolge einerseits auf die untersten Bildungsschichten und andererseits die parasitären Sozialumverteiler abstützt. – Die widerlichste Lüge ist die unaufhörlich wiederholte Behauptung, nur die sozialistische Partei sei Garant für eine soziale Schweiz. Gerade so, als ob sozialistisch auch sozial bedeuten würde und alle andern gesellschaftspolitischen Vorstellungen unsozial sein müssten. Das Geschrei von Sozialabbau hängt dem Steuerzahler zum Hals hinaus, wenn er gleichzeitig feststellen muss, dass ein immer grösserer Anteil des BIP für die Umverteilung beansprucht wird. Statt der Sicherung des Sozialwerkes alle Aufmerksamkeit zu schenken, treibt diese ach so soziale Partei

um momentaner Wählerstimmengewinne willen diese ungerührt einer Krise entgegen.

Die Grünen scheinen sich endgültig mit der SP verbandeln zu wollen. Jedenfalls hat die SP verkündet, dass sie die Zusammenarbeit mit den Grünen institutionalisieren und intensivieren will. Mit andern Worten, diese an sich so nötige Partei soll zum Appendix der SP werden. Damit fügen die Grünen den ökologischen Anliegen unermesslichen Schaden zu. In der mehrheitlich bürgerlichen Schweiz werden ihre grossteils berechtigten Anliegen so nur noch als rote trojanische Pferde wahrgenommen und deshalb unbesehen abgelehnt.

Schliesslich wird die siegreiche SVP als Hoffnung für alle patriotischen Schweizer, denen die politische Unabhängigkeit ein dringendes Anliegen ist, wahrgenommen. Ihr traut man zu, die unselige Einwanderungspolitik mit der Überfremdung und selbstzerstörerischen Überbevölkerung des Landes ändern zu können.

Da sie bis jetzt allerdings kein Bekenntnis gegen den Wachstumsaberglauben abgelegt hat, die in der seinerzeitigen BGB noch vorhandene ökologische Ader noch nicht wiederentdeckt zu haben scheint, sind Zweifel am Platz. Sie wird in den kommenden Jahren erst noch beweisen müssen, dass sie die Probleme unseres Landes in einem klugen Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichen Bedürfnissen, ökologischen Notwendigkeiten und staats- und gesellschaftspolitischer Stabilität zu lösen im Stande ist. Dazu braucht sie allerdings noch mehr politische Kraft, die man ihr in den kommenden Wahlen nur wünschen kann. – Wenig hoffnungsvoll ist die Situation, wenn ein Teil der SVP zur Freude der politischen Gegner die innere Geschlossenheit sprengten. Und die Kleinparteien werden ausserhalb ihres eigenen Kreises kaum bis gar nicht wahrgenommen, da sie für die Massenmedien zu wenig interessant sind. Wo vor allem Einschaltquoten und Auflagen, sowie die Bestätigung der eigenen vorgefassten Meinung dominieren, haben auch noch so kreative Gruppierungen einen schweren Stand.

Man kann diesen Gruppierungen also der SD, der EVP, der EDU und ähnlichen Gruppierungen nur wünschen, dass sie die Kraft und den Mut nicht verlieren, den Kampf um den politischen Einfluss weiter zu führen.

Durch Sieg von SVP und Grünen ökologische Politik?

Auch wenn die Schweizer Demokraten in den vergangenen eidgenössischen Wahlen den einzig noch verbliebenen Sitz im Nationalrat zu verteidigen vermochten, müssen wir das Ergebnis doch als Niederlage der Partei klassieren. Längere Zeit wird sie auf diesem Niveau – nur ein Sitz im Nationalrat! – nicht überleben können. Im Kanton Zürich zum Beispiel ist in nur einem halben Jahr seit den kantonalen Wahlen die Stimmenzahl der SD massiv weiter eingebrochen! Die Stimmen sind einerseits zur SVP, andererseits aber sicher auch zu den Grünen abgewandert! In den Medien ist der Wahlerfolg der Grünen – und notabene nicht der SP! – angesichts des Erdrutschsieges der SVP mit ihrer Konsequenz für die Bundesratswahlen nämlich zu wenig zur Kenntnis genommen worden. Im Kanton Zürich sind die Grünen sogar die Hauptsieger! Während die SVP ihre Stimmenzahl zwar auch etwas weiter auszubauen vermochte, gelang jenen eine massive Verbesserung; auch auf eidgenössischer Ebene. Sie gewannen proportional sogar noch mehr als die SVP, während diese – zugegebenermassen nur durch Proporzpech – einen verlor. In Zürich gewannen die Grünen zusätzliche zwei Sitze, gesamtschweizerisch deren vier. An sich hätte es im politischen Spektrum Platz für eine Partei, die sowohl gegen die bevölkerungsmässige Überfremdung und einwanderungsbedingte Übervölkerung kämpft als auch eine ökologische Politik vertritt. Die beiden Anliegen sind nämlich keineswegs widersprüchlich. Sie sind sogar sehr kohärent! Ansteigende Bevölkerungsdichte ist mit einer ökologischen Politik unvereinbar und ein Kampf gegen Windmühlen! Leider ist es unsern Vertretern in den Parlamenten bisher nicht ge-

lungen, diese Botschaft in die Öffentlichkeit und ins Volk hinaus zu tragen, wobei die Medien, die beides immer wieder als Gegensätze darstellen, diesbezüglich selbstverständlich eine üble Rolle spielen. Mit den Grünen auf der einen Seite, der SVP auf der andern wird eine solche Politik leider nicht möglich sein. Bei manchen Grünen bekommt man nämlich, wenn man ihnen zuhört, den Eindruck, es könne für sie nicht genug Einwanderung und «Multikulti» geben! Sozialpolitisch kümmern sie sich nur um Randgruppen und Feministinnen. Obschon die Einwanderung von Asylanten nur etwa fünf Prozent der Gesamteinwanderung ausmacht, zentriert die SVP andererseits ihre Ausländerpolitik einseitig nur auf die Asylfrage, während sie bei der Rekrutierung von billigen Arbeitskräften aus dem ausländischen Osten eher beide Augen als nur eines zudrückt.

Obschon es im Interesse unserer Nation nicht zu wünschen ist, muss leider befürchtet werden, dass viele Wähler von der zukünftigen Politik von Nationalrat Blocher und seines Anhangs enttäuscht sein werden. Man kann nämlich nicht eine extremkapitalistische, den Staat durch eine finanzielle Hungerkur aushöhlende Politik mit der Bekämpfung der Bevölkerungsvermehrung durch Masseneinwanderung kombinieren. Ein schwacher Staat ist eine schlechte Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf gegen die überbordende Einwanderung. Auch das Bündnis SVP/ FDP trübt die Aussichten auf eine ökologiegerechtere Politik.

Ausserdem ist da auch noch das Problem, dass unser einheimisches Volk wegen einer ungenügenden Geburtenziffer ausstirbt! Der extreme Wirtschaftsliberalismus er-

weist sich als familienfeindlich! Er presst alle Frauen in den Erwerbsprozess hinein, und nach Marktgesetzen und dem Geschwätz von Mobilität liegen die Arbeitsplätze von Gattin und Gatte oft geografisch weit auseinander. Kinderreiche Familien werden andererseits ins materielle Elend gestürzt. Man

denke nur an die Krankenkassenprämien!

Die Schweiz steckt in einer schlimmen Lage! Weder die Politik der SVP allein noch diejenige der Grünen allein wird sie retten können!

Jean-Jacques Hegg,
Gemeinderat, e. Nationalrat

Blocher fordert grosszügigere Ausländerpolitik

«Ich bin für eine Ausländerpolitik, die in vielen Bereichen grosszügiger ist als unsere: Wir brauchen die besten Kräfte, die holen wir. Ähnliche Prinzipien gelten in den Vereinigten Staaten.»

Dr. Christoph Blocher
in der «Weltwoche» vom 23. Oktober 2003

JSD -Standpunkt



Mit 2409 persönlichen Stimmen hat Evelyn Graser auf der Berner JSD-Liste ein bemerkenswert gutes Resultat erzielt. Der «Schweizer Demokrat» hat deshalb Evelyn Graser vier Fragen gestellt:

1. Wie ehrlich sind Politiker?

Politiker müssen diplomatisch sein. Zum Erreichen der Ziele und Visionen können sie ab und zu auch nicht ganz ehrlich sein. Eigene Überzeugungen sollten aber nicht verloren gehen. Bei der JSD schätze ich die klaren Ziele. Manchmal ist es eben leichter, für eine multikulturelle Schweiz einzustehen, als wie die JSD auf die Missstände im Asylbereich hinzuweisen.

2. Was bereitet Ihnen an unserer Gesellschaft am meisten Mühe?

Das eigene Wohlergehen wird für viele Menschen immer wichtiger. Soziales Engagement ist nicht mehr gefragt. Die Leute verschliessen sich immer mehr vor den offensichtlichen Problemen, die es gibt. Als junge Frau kann einem die plumpe Anmache auf der Strasse auf den Geist gehen. Vielfach sind es junge Ausländer.

3. Welches ist das grösste Problem der Schweiz?

Gerade an den Schulen und für Frauen im Ausgang wird die Zuwanderung mit all ihren negativen Folgen immer mehr zum Problem. Die Einwanderer, oft aus ganz fremden Kulturkreisen, können nicht mehr integriert werden. Der Respekt der jungen Machos gegenüber Schweizer Frauen ist nicht mehr vorhanden.

4. Sind Sie stolz, Schweizerin zu sein?

Ja, ich bin stolz und dankbar, Schweizerin zu sein. Jedoch finde ich es traurig, dass immer nur die Zugewanderten Patrioten sein dürfen, uns Schweizern das aber verwehrt wird. Auch wir Schweizerinnen und Schweizer haben ein Recht auf Heimat. Deshalb kandidierte ich auf der JSD-Liste.

Blocher findet aktuelle Ausländerpolitik gut

«Ich habe nichts gegen Ausländer, die hier arbeiten. Die Ausländerpolitik, die wir nach der Schwarzenbach-Initiative gemacht haben, war keine schlechte Lösung. Wir liessen nur Leute rein, die wir brauchen konnten. Für diese Leute hatten wir auch Arbeit. Wären mehr gekommen: Die Folgen wäre Arbeitslosigkeit gewesen.»

Dr. Christoph Blocher
in der «Weltwoche» vom 23. Oktober 2003

Das dümmste Volk der Welt

Einer meiner Kollegen sagte aus voller Überzeugung: das sind die Deutschen. Erst wählen sie einen Hitler – und dann folgen sie ihm noch in den zweiten Weltkrieg, obwohl sie den ersten schon verloren haben. Zweitens verhunzen sie ihre Sprache, die langsam aber sicher englisch wird. Das (offizielle) Neudeutsch macht aus einem Alleinstehenden einen allein stehenden. Also «Ein allein stehender Mann sitzt mit seinen Freunden im Stammlokal». Sitzt er nun oder steht er, ist er allein oder mit seinen Freunden. Für die Jungen, welche «allein stehend» nicht mehr automatisch auf Altdeutsch übersetzen, drängt sich der klare englische Ausdruck «single» geradezu auf. Die PISA-Studie scheint meinem Kollegen recht zu geben. Wenn die Schweiz daselbst auch nicht brilliert hat, liegt das an den Kindern der Einwanderer.

Aber nein, es gibt noch ein dümmes Volk, die Iraker. Dass sie nach dem Sturz Saddams geplündert haben, ist verständlich. Plünderungen nach einem Krieg sind normal, man kann sich bereichern, ohne Strafe zu riskieren. Wenn auch das Spitalbett für den Plünderer hundert mal weniger wert ist als für das Spital, es ist immer noch mehr wert als kein Spitalbett. Und die GIs hatten wirklich anderes zu tun als jedes Spitalbett zu bewachen – wenn man nur an die in Brand gesteckten Ölfelder des ersten Golfkrieges denkt, welche die Umwelt über Jahre geschädigt haben. Aber die eigenen wertvollen Bücher zu verbrennen und die eigenen Musikinstrumente (wertvolle Geigen) mit Füßen zu zertreten, das ist doch die ultimative Dummheit.

Weit gefehlt! Es gibt ein Volk, das so blöd ist, gratis und franko Ersatz für die zerstörten Instrumente zu liefern – die Schweizer natürlich! Wie wenn es im eigenen Land keine Kinder gäbe, die gerne Geige spielen würden, sich aber kein Qualitätsinstrument leisten können. Die Dummheit dieses Volkes kennt keine Grenzen:

Fall 1: Von den gewalttätigen Jugendlichen sind zwei Drittel Ausländer. Ausweisung der Kriminellen möglichst mitsamt den Eltern? Mitnichten, einem der Schlimmsten (die von ihm zu Krüppeln Geschlagenen werden in der Mehrzahl genannt – die IV zahlt!) wird eine TV-Show gewidmet (12. November 2003).

Fall 2: Einer Frau, die in keiner Sprache schreiben oder lesen

kann, von Beruf Sozialhilfebezüglerin, wird die Einbürgerung ganz knapp verwehrt. Folge: grosser Protest im «Bund». Moment mal, es geht nicht nur um den Pass, in welchem die Lüge stehen würde, sie sei Schweizerin, und auch nicht um die Berechtigung, mittels Heirat einem weiteren Analphabeten (mit möglichst vielen Kindern) das Aufenthaltsrecht in der Schweiz zu erteilen. Es geht auch um das Stimmrecht. Mit den Abstimmungsunterlagen muss sich auch ein gebildeter Schweizer intensiv auseinandersetzen. Wer sollte denn dieser Frau den Stimmzettel ausfüllen, vielleicht Bin Laden?

Fall 3: In der gleichen Ausgabe des «Bund» (24. Juli 2003) wird ausführlich über die Rückführung von zwei endgültig als nicht asylberechtigt erachteten Kosovo-Albanern und ganz kurz über die Schliessung einer Poststelle im Quartier berichtet. Die Einsparung von Steuergeldern dürfte sich für beide Angelegenheiten in der gleichen Grössenordnung bewegen. Reaktion der Schweizer: Einsprachen, Bürgerproteste usw. für die Albaner, reine Feststellung betr. die Schliessung der Poststelle.

Fall 4: Ununterbrochen wird im «Bund» auf dem US-Präsidenten Bush herumgehackt. Dabei könnte man aus den Berichten im «Bund» allein schon schliessen, dass be-

reits die Beseitigung der Saddam-Söhne den Krieg eigentlich gerechtfertigt hätte. Aber es wird noch grotesker. Bush hat ausdrücklich gesagt, dass den Palästinensern ein eigener unabhängiger Staat zusteht. Er hat auch gesagt, dass Irak den Irakern gehöre. Da muss man natürlich vorsehen, dass das wegen Friedensverhandlungen Bushs mit arabischen Führern geplante Treffen mit unserem Bundespräsidenten in Genf nicht nachgeholt wird. Sonst könnte

Bush ja sagen, die Schweiz gehöre den Schweizern und sie hätten das Recht, ein unabhängiger Staat zu bleiben.

Die genannten Fälle 1 bis 4 sind nur ganz wenige Beispiele, von denen jedes für sich allein bereits zeigt, dass das dümmste Volk wahrscheinlich die Schweizer sind. Was in Jahrhunderten aufgebaut wurde, wird in einer Generation zerstört.

Thomas Schibli, Bern



Der Leserwitz

Ein Kosovar kommt nach Zürich. Aufgeregt hält er den ersten Passanten an: Guten Tag, Herr Schweizer, danke mich aufnehmen in schönen euer Land und...»

Der andere unterbricht ihn: «He, he, ich nix bin Schweizer, ich Kroat!» Der Kosovar geht weiter und spricht wenig später den Nächsten an:

«Ah, danke, Herr Schweizer, mich meine Familie hierbringen...» Und wieder wird er unterbrochen: «Ey Mann, ich bin Türke!»

Der Kosovar geht seines Weges und spricht wieder jemanden an:

«Herr Schweizer, ich Ihnen danke für Gastfreundschaft...»

«Aber mon ami, du nicht sehen dass ich bin schwarz? Ich bin Kongolese, nicht Schweizer.»

«Aber», fragt der Kosovar verzweifelt, «wo sind dann die Schweizer?» Der Kongolese sieht auf seine Uhr und antwortet: «Oh, die, die arbeiten bis 17.30 Uhr...»

eingesandt vom «Donnerstag-Stamm»
im Schützenhaus Bümpliz



Von der Greater Zurich Area zu Neu-Los-Angeles!

Trotz Rezessionsgeschwätz macht der Raum Zürich und Umgebung eine extreme, überstürzte Wachstumsentwicklung durch, die selbst die Zeiten höchster Wirtschaftskonjunktur der Sechzigerjahre des letzten Jahrhunderts in den Schatten stellt, die zum Anlass der Gründung der Nationalen Aktion wurde.

So ist die Bevölkerung des Kantons Zürich in den letzten drei Jahren jedes Jahr um über ein Prozent gewachsen! Ende letzten Jahres lebten 1'237'920 Menschen im Kanton, das sind 15'000 oder knapp 1,2 Prozent mehr als ein Jahr zuvor, was selbst den FDP-nahen und keineswegs wachstumskritischen «Zürcher Oberländer» dazu verleitet, aus dem Bericht des Statistischen Amtes zu zitieren:...» mitteleuropäische Verhältnisse stürmische Bevölkerungsentwicklung». Kommt hinzu, dass es in diesem Raum immer mehr Pendler gibt, die nicht am gleichen Ort wohnen und arbeiten, wie die Volkszählung 2000 ergeben hat, so dass trotz vorbildlichem S-Bahn-System der Berufsverkehr morgens und abends zusammenzubrechen droht. Der Zürcher Tages-Anzeiger wählte deshalb als Überschrift seines Kommentars: «In Richtung Los Angeles».

Die wachstumsfanatischen Projekte «Greater Zurich Area» oder «Downtown Switzerland» – wo es um grössenwahnsinnige Pläne geht, muss das Englische her! – beginnen also ihre Früchte zu tragen. Es entsteht eine Art Neu-Los-Angeles. Wobei der Vergleich mit Los Angeles allerdings hinkt. Die Europäer fanden bei der Entdeckung Amerikas einen fast leeren Kontinent vor, dessen Bevölkerungsdichte auch heute noch nur knapp über 30 pro Quadratkilometer beträgt. Die Schweiz war aber schon bisher recht eng besiedelt. Die Siedlungsdichte des Schweizer Mittellandes schwankt um die 300 pro Quadratkilometer, je nach dem, was man noch zum Mittel-land zählen will; also zehnmal mehr. Das hat seine Auswirkungen

auf den Umweltschutz und das Leben (und Überleben!) der einheimischen Tiere und Pflanzen. Besonders schwerwiegende Auswirkungen hat es aber auf den Verkehr! Wir haben gar keinen Platz, um so riesige Verkehrsbauten wie in Los Angeles zu bauen. Der Verkehr droht also zusammenzubrechen, und wir haben gar keine Möglichkeit mehr, durch noch mehr Bauerei die Probleme in den Griff zu kriegen! Trotz den zu Stosszeiten bis auf die Trittbretter vollen S-Bahnzüge häufen sich die Staumeldungen auf den Zu- und Wegfahrtstrassen von Zürich. Für ausgedehntere Strassenbauten fehlt nicht vor allem das Geld, sondern der Raum!

Wo bleibt die Wachstumskritik?

Die Bevölkerungszunahme – wie könnte es anders sein! – stammt zu einem grossen Teil aus Zuwanderern aus dem Ausland, überhaupt nicht von einem Geburtenüberschuss. Dennoch wird in den Medien die Lüge verbreitet, die Annahme der Bilateralen Verträge mit der EU und die neue Personenfreizügigkeit, die damit verbunden ist, hätten kaum einen Einfluss auf die Migrationsbewegung in die Schweiz. Das Statistische Amt ist da realistischer. Es rechnet wegen der grösseren Personenfreizügigkeit inskünftig mit einer «zusätzlichen Dynamik in der Bevölkerungsentwicklung»!

Beängstigend ist zudem, dass die politische Lage der Schweiz eine ganz andere geworden ist als in den vergangenen Sechzigerjahren. Damals entstand ein wirksamer politischer Widerstand gegen das allgemeine Wachstum. Die Nationale Aktion entstand und mit ihr mehrere Volksbegehren gegen die Überfremdung. Zwar wurden bedauerlicherweise alle vom Stimmvolk abgelehnt. Sie hatten aber trotzdem einen heilsamen Einfluss auf den Bundesrat, indem dieser die Einwanderung bremste, so dass es im ganzen Jahrzehnt von 1970

bis 1980 insgesamt nur 1 Prozent Bevölkerungswachstum gab, also 0,1 Prozent jährlich. Die Ökologie wurde wieder entdeckt! Später wurde aus der allgemeinen Wachstumskritik heraus die Grüne Partei gegründet, die allerdings von Anfang an blind zu sein scheint für das Problem Bevölkerungswachstum. Im Gegenteil, deren praktische Politik wirkt sich eher in Richtung Beschleunigung dieses Wachstums aus.

Veränderte Sicht für die Jugend

Wie ist der Wechsel der politischen Lage zu verstehen? Erstens muss offenbar jede Generation die alten Fehler der vorhergehenden wiederholen. Junge Menschen haben gar keine Ahnung vom Zustand der Schweiz in der Nachkriegszeit oder gar in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. Trotz eines materiell bescheidenen Lebens war die Lebensqualität damals in vielfacher Hinsicht viel besser. Die junge, nachwachsende Generation kann deshalb gar nicht vergleichen und nimmt Dinge als schicksalhaft

hin, die gar nicht schicksalhaft sind. Ausserdem muss sie wegen der ausländischen Konkurrenz heute befürchten, keine Lehrstelle oder keine Anstellung zu finden. Sie geht deshalb den Schmalmeien der Wachstumsförderer, der Regierungsparteien und der ihnen zudienenden Medien auf den Leim, die ihnen Arbeitsplätze «dank Wachstum» versprechen. Mit dem Hochspielen der Frage der Arbeitslosigkeit, die leicht durch einen Einwanderungsstopp zu beheben wäre, wird bei den Schweizern erfolgreich die Angst um Arbeitsplätze geschürt. Es gibt kaum mehr Wachstumsskepsis und Wachstumskritik wie in den vergangenen Siebziger mit der Aktualisierung ökologischer Erkenntnisse. Auch die gedankenlose, fast alle Parteien ausser der SVP erfassende Propaganda gegen «Fremdenfeindlichkeit», gar «Fremdenhass» und «Rassismus» tut ihre Wirkung. Die SVP sieht jedoch nur bei den Asylanten ein Problem. Dabei handelt es sich durchaus nicht um das grösste Problem für die Schweiz.

Jean-Jacques Hegg,
e. Nationalrat

Tiere naturgerecht halten

Als Landwirt verstehe ich unter Tierschutz, die Tiere zu ihrer besten Wahl zu halten. Wenn es den Tieren gut geht, ist auch der Bauer zufrieden. Wir Landwirte nerven uns am meisten, wenn das Fleisch vom Ausland importiert wird und im Herkunftsland die Vorschriften bei weitem nicht den Schweizer Vorschriften entsprechen.

Warum wünschen viele Konsumenten weisses Kalbfleisch, nur weil die natürliche rote Farbe nicht so ästhetisch aussieht? Gehen wir zurück zum Ursprung! Die Kälber werden geboren und wachsen auf der Weide auf, bis sie erwachsen werden und sich selber

fortpflanzen. Das nennt man hierzulande Ammen-Kuhhaltung, und die schlachtreifen Kälber kommen auf kürzestem Transportweg in den Schlachthof und können ohne grosse Wartezeiten von der Welt gehen. Jeder Tierhalter sollte seine Tiere so halten, wie er im Leben selber behandelt und gepflegt werden möchte. Darum sollte man beim Einkaufen vermehrt auf die Herkunft der Produkte achten. Legt auch vermehrt Wert auf die Schweizer Produkte der ganzen Wirtschaft, so kommen wir wieder auf den richtigen Weg des Lebens.

Hans Jörg Fischer, Landwirt,
Kantonsrat, SD Forch ZH

Helvetia-Briefmarke in Deutschland gedruckt

Viel Freude löst die neue 90er-Helvetia-Marke aus, die im Herbst 2003 erschien. Auf dem Bild ist die Kathedrale von St. Gallen und der Klosterbezirk zu sehen.

Wer nun die Marke genauer ansieht, der liest den Aufdruck Bundesdruckerei Berlin.

Es darf doch nicht wahr sein, dass die Schweiz ihre Briefmarken

nicht mehr im eigenen Land druckt. Wir haben eine Wirtschaftskrise und rund 140'000 Arbeitslose und da vergibt man solche Druckaufträge von Briefmarken ins Ausland.

Solche Handlungen nennt man offensichtlich Globalisierung.

Kurt Koller, Lichtensteig

Anstehende Schulprobleme und Pisa-Studie

Das Ausland hat immer unsere Schulen gerühmt und bewundert. Vielleicht waren meistens die Institute und Internate damit gemeint. Doch auch die öffentlichen Schulen boten guten Unterricht, trotz manchmal 50 oder mehr Schülern pro Klasse. Alle haben sie lesen, schreiben und rechnen gelernt wie es sich gehört, Schweizer Geschichte, Kulturelles und Volkslieder gehörten auch dazu.

Das war einmal. Längst ist vieles davon weggefallen, aus erkennbaren Gründen. Und dann wundert man sich über die Pisa-Studie, versteht nicht, warum das Lesen und die Kenntnis der eigenen Sprache anderswo, z.B. in Finnland, uns übertrifft. Dabei sollte einleuchten, dass dort die Lehrer mit vielleicht einem fremdsprachigen Kind in der Klasse ihre Schüler ohne Schwierigkeiten gezielt in der eigenen Sprache und andern Fächern vorwärts bringen.

Bei uns sind nicht mehr 50 Schüler, sondern weniger als die



Immer mehr Gymnasiasten (hier bei Prüfung), immer weniger Qualität.

Hälfte die Norm, bringt das doppelten Erfolg? Zu lesen im «Sonntags-Blick» (7. September): In verschiedenen Kantonen rasseln Anwärter für die Polizeiaspirantenschule gleich reihenweise durch die Prüfung.» Viele seien schlicht nicht in der Lage, einen Satz fehlerfrei zu schreiben. 30 Fehler oder mehr in

ten und schwächsten Schülern aufweise. Und übersteigt der Anteil Fremdsprachiger 30 Prozent, entstehen nachteilige Wirkungen auf die Leistung der gesamten Klasse. (Wie zu beweisen war!)

Also Problem erkannt und gelöst? Wäre dem so, würde man die mit der deutschen Sprache vertrauten

Kinder in der einen Klasse, die andern in Klassen mit besonderer Förderung finden. Statt dessen macht man es umgekehrt, man vermischt alles ohne Rücksicht auf den aktuellen Stand und auf die eigenen Kinder. Dann bringt man unsern Kindern das Zählen auf Albanisch bei, in Schulbüchern die türkische Sprache mit deutscher Übersetzung, die bosnische Küche, afrikanische Tänze etc. und hat unsere Volkslieder aus den Gesangsbüchern verbannt. Neuestens sollen die Kinder schon ab dem Kindergarten hochdeutsch unterrichtet werden, obwohl die Mundart auch ein Stück unserer Identität ist. Würde uns dieses gesamte Vorgehen aus einem andern Land zuge tragen, würden wir es als Menschenrechtsverletzung und Manipulation (oder Unterdrückung) einer Minderheit anprangern. Bei uns gibt es bekanntlich viele Schulklassen, in denen unsere Kinder in der Minderheit sind.

Evelyn Küffer, St. Gallen

Schweizer Bauernstand, wohin gehst du?

Offener Brief an Herrn Bundesrat Prof. Dr. Joseph Deiss, Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements, Bern

Sehr geehrter Herr Bundesrat,

als Josef Stalin in den 30-er Jahren des letzten Jahrhunderts die russische Landwirtschaft kollektivieren wollte, wussten die Bauern genau woran sie waren; Stalin schickte die Tscheke aufs Land und diese liquidierte ca. 1,5 Millionen Kulaken (russische Bauern).

Wenn ich an die AP 2007 denke, so beschleicht mich auch eine Endzeitstimmung! Zwar steht kein Tschekist vor meiner Haustür, welcher mir auf Josefs Geheiss die Kehle durchschneiden will, doch wer als mittlerer Kleinbetrieb zur Kenntnis nehmen muss, dass er gemäss der neuen Berechnung der Standardarbeitskräfte (SAK) in der AP 2007 definitiv den staatlichen Rückhalt als Betriebseinheit verliert, für den ist es auch ein Weltuntergang. Zwar wird in Helvetien die Kollektivierung nicht mit staatlicher Gewalt erzwungen, das Resultat aber ist dasselbe: Das Ende des freien Bauernstandes!

Denn war vor dreissig Jahren noch ein 15 bis 20-ha-Betrieb das Mass der Landwirtschaftspolitik, so sind es heute 50-ha-Betriebe, morgen vielleicht 200-ha-Betriebe und übermorgen 1000-ha! Waren zu jener Zeit die Absatzkanäle noch vielgestaltig, meist genossenschaftlich organisiert, begegnet man heute mehr und mehr dem Diktat weniger Grossverteiler. Gewisse Schwächen jener Epoche sind dem Schreibenden nicht unbekannt, namentlich die satte Selbstzufriedenheit unter der Prämisse der staatlich geförderten «Selbstversorgung in Krisenzeiten», welche nicht zuletzt föderalistischen Irrwegen Pate stand (zum Beispiel Überkapazität im Molkereiwesen).

Heute übertreibt man auf die andere Seite. Unter dem Dogma neoliberaler Globalisierung versucht man die Schweizer Landwirtschaft «Europatauglich» zu trimmen und spricht den kleinräumigen Betriebseinheiten die Daseinsberechtigung ab. Dass damit eine weitere Entsolidarisierung losgetreten wird, fällt gar nicht auf, weil die Globalisierung nicht danach fragt. Die auf Rationalisierung und Tech-

nisierung eingeschworene Schweizer Landwirtschaft begrüsst zwar die «Strukturbereinigung», früher bekannt als «Gesundschumpfung», weil jeder Bauer glaubt, dass er mit einer grösseren Betriebseinheit seinen Hof besser wirtschaftlich über die Runden bringt. Dies mag im Einzelfall stimmen; in der Gesamtheit betrachtet werden dabei namentlich zwei Aspekte übersehen:

Die Zukunft des Schweizer Bauernstandes ist nicht eine Frage der Betriebsgrössen!

Die fortschreitende Entfremdung weiter Teile der Bevölkerung vom Nährstand schafft viele neue Probleme. Das ganze Gerede von Ökologie, Natura-Sana und vom BIO bleibt Ausdruck einer überbordenden Wohlstandsgesellschaft, wo man dem Konsumenten vorgaukelt, dass die Nahrung mit der Globalisierung immer billiger werde. Die Kernfrage hier ist, ob die Agrarpolitik der Schweizerischen Eidgenossenschaft Dienerin ist des globalen Systems von Ausbeutung und Unterdrückung oder ob sie sich für das Prinzip stark macht, welches Gott gemäss Genesis 2,15 dem Menschen auftrug, nämlich

«den Garten Eden zu bebauen und zu bewahren».

Ein Bauernhof ist Arbeitsplatz und Lebensraum! Mit zunehmender Technisierung immer grösserer Betriebe verschwinden immer mehr einfache Arbeiten für solche, welche darum krank werden, weil sie keine Tätigkeit mehr haben und letztlich IV-Fälle werden. So viel Geld kann der Staat aber gar nicht haben, dass die Maschinen und «Energie-Sklaven» alle Arbeit verrichten, und die Menschen fürs Nichtstun noch bezahlt werden – das wird Ihnen Ihr Kollege Villiger sicher bestätigen!

Es kann zwar nicht die Aufgabe der öffentlichen Hand sein, mit Staatskrücken sämtliche Kleinbetriebe zu erhalten. Doch die öffentliche Hand kann die «Vorbeter der Nation» anhalten, die ausgeleierte Schallplatte von «Rationalisierung – Spezialisierung – Technisierung» auszuwechseln. Auch die kleine Betriebseinheit bleibt selber verantwortlich für den Erfolg ihres Unternehmens; doch sie braucht wenigstens die Anerkennung als solche!

Christian Wyss, Landwirt, Winkel-Rüti, ZH



Kanton Aargau

Entgleisung eines SVP-Grossrates: Nationalratsliste der SD Aargau als «Seuchenhafen» bezeichnet










Die Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau sind über einen Artikel von SVP-Grossrat Andreas A. Glarner im neuesten Informationsbulletin «die Lupe» der Aar-

gauischen Vaterländischen Vereinigung schockiert. Die SD zitieren: (... wenn man die Liste der SD anschaut, so packt einen auch als rechtsbürgerlicher Politiker das Grausen – ein nicht genannt sein wollender SVP-Grossrat bezeichnete die Liste gar als «Seuchenhafen»... (Zitat Ende). Damit zeigt die SVP einmal mehr ihr wahres Gesicht.

Die SD Aargau stehen ohne Wenn und Aber hinter ihren Kandidatinnen und Kandidaten und verurteilen die unentschuld bare Entgleisung des SVP-Grossrates. Die SD Aargau verlangen vom unbekanntem SVP-Grossrat eine öffentliche Entschuldigung und hoffen, dass die SVP Aargau diesen Parlamentarier eruiert und zur Rechenschaft zieht. Diese Massnahme erachten die SD Aargau auch deshalb als angebracht, weil die SVP des Kantons Aargau in einem vom Mai 2003 datierten Schreiben an die Adresse der SD Aargau um ein Gespräch für eine allfällige Listenverbindung gebeten hat. Der SD-Kantonalvorstand hat aber auf eine Listenverbindung mit der SVP verzichtet.

*SD Kantonalsektion Aargau,
René Kunz, Kantonalpräsident*

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
 AG	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach Aargau West Fricktal	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau Stammtisch jeden 2. Dienstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Sonne, Eiken
 BL	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
 BS	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
 BE	Stadt Bern Sektion Köniz Sektion Berner Oberland Sektion Oberaargau/ Mittelland/ Emmental Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern Der monatliche Höck findet immer am 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Brunnenhof, Köniz, statt. Weihnachtsessen am 28. November um 20 Uhr im Rest. Brunnenhof, Köniz. Anmeldungen bis 23. November an Ch. Seiler, Tel. 031 971 28 09. Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 922 79 29 SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Schärmehof, von May-Strasse 43, Thun
 LU	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstr. 103, Luzern
 SG	Sektion Wil und Umgebung Sektion St. Gallen	Informationsabend jeden 2. Montag im Monat um 20.00 Uhr im Restaurant Fass in Wil. Informationen: www.infowil.ch/sd-wil Stamm am 26. November, 19.30 Uhr, Restaurant Hirschen, St. Gallen, St. Fiden. 4. Dezember: Barbaratag, Treffpunkt 18 Uhr beim Waaghaus, ca. 19.15 Uhr drei Kanonenschüsse vor dem Kloster. 17. Dezember: Weihnachtsstamm.
 OW  NW	Sektion Unterwalden	Stammtisch jeden letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Saal des Restaurant Sternen in Ennetbürgen (NW)
 ZH	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Sektion Limmattal Sektion Winterthur Stadt Zürich	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstr. 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Härdegg (beim Bahnhof), Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bahnhofplatz, 8340 Hinwil (Kegelbahn) Stammtisch jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, im Restaurant Nassacker in Schlieren Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss In jeder geraden Kalenderwoche ab 19 Uhr Höck im Restaurant Farbhof, Badenerstr. 753, 8048 Zürich (Endstation Tram Nr. 2)

Gold ist bei privaten Anlegern wieder gefragt

Gold ist als Geldanlage offenbar wieder im Aufwind: Im vergangenen Jahr hätten die privaten Anleger mehr als 20 Tonnen des Edelmetalls nachgefragt, sagte Simon Village, Investmentdirektor des World Gold Council, in Hamburg. Die Zahlen beziehen sich auf Deutschland. Noch im Jahr 2000 hätten dagegen die Verkäufe die Nachfrage überstiegen. Während in den Boomjahren der Börse Gold als «sicherer Hafen» nicht gefragt gewesen sei, habe sich die Lage inzwischen geändert: «Gold ist eine Sachanlage und birgt nicht die Risiken einer Investition in Aktien», so Simon Village. Deshalb hat SD-Nationalrat Bernhard Hess den Bundesrat angefragt, ob das Nationalbankgold wirklich verkauft werden soll.



Kanton Basel-Stadt



Nationalrats- und Ständeratswahl in Basel-Stadt

SD-Kandidaten hatten einen schweren Stand zwischen grossen Partei-Blöcken!

Um das Wichtigste vorweg zu nehmen: Schweizerisch gewann die SVP rund ein Dutzend Mandate (vor allem in der Romandie!). Auch die politische Linke mit SP und Grünen konnten ihre Sitzzahl steigern. Die sogenannten Mitteparteien FDP und CVP gingen hingegen geschwächt aus diesen Wahlen hervor. Die SD konnten im Kanton Bern mit Benno Hess ihren NR-Sitz halten. Gratulation!

Die wahlentscheidenden Veränderungen auf schweizerischer Ebene zeigen sich in derselben Tendenz auch im Kanton Basel-Stadt. Speziell schwer ins Gewicht fiel bei uns die Tatsache, dass die Basler in der kommenden Legislaturperiode bloss noch 5 Nationalratssitze besetzen können, also einen weniger als vor vier Jahren; dies aufgrund des eingetretenen Bevölkerungsrückgangs!

Infolge dieser Verkleinerung der Basler «NR-Delegation» verlor die Liberale Partei den bis anhin von Christine Wirz – von Planta gehaltenen NR-Sitz. Die FDP ist wiederum mit Johannes Randegger, die SVP mit dem bisherigen Dr. Jean Henri Dunant, vertreten. Die Bürgerlichen (inkl. der SVP) vermochten aber bloss noch zwei Sitze zu besetzen. Die Sozialdemokraten hingegen (dank einer Listenverbindung aller linken Organisationen bis hin zu den Grünen) belegen künftig wiederum drei BS-Sitze (Ruedi Rechsteiner, Remo Gysin und neu Silvia Schenker). Offensichtlich ist es der politischen Linken gelungen, ihr Wählerreservoir voll auszus schöpfen. Dies ist sicherlich auch die Folge der Ständeratskandidatur der bisherigen SP-Nationalrätin Anita Fetz, was die linken Wählerinnen und Wähler zusätzlich motivierte, an diesen Wahlen teilzunehmen.

Mehr erwartet mit SD-NR-Kandidaten

Unsere fünf Nationalratskandidaten erzielten einen Wähleranteil von bescheidenen 1,1% (2,7% weniger als vor vier Jahren). Hierbei erzielten diese folgende persönliche Resultate: 1. Patrik Cattin, 753 Stimmen; 2. Thien Egi (613); 3.

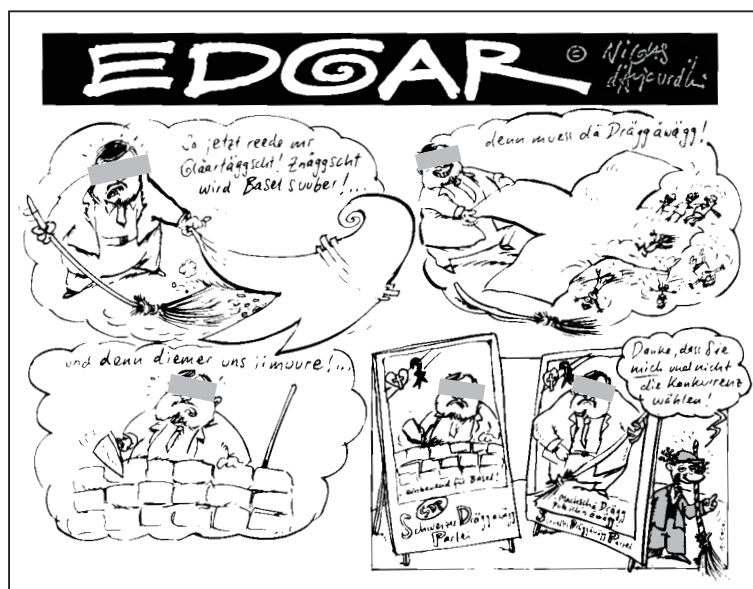
Markus B. Stoercklé (600); 4. Fernando Santini, (558); 5. Raymond Stöckli (553).

Interessant ist die Feststellung, dass 468 Personen im Kanton Basel-Stadt die SD-Liste 9 unverändert und 122 verändert in die Urne legten oder im Wahlkuvert abschickten. 590 Leute wählten somit die Schweizer Demokraten. Die Stimmbeteiligung lag wiederum knapp unter 50%. Total wurden für alle Parteien 56'634 gültige Stimmzettel abgegeben.

Weshalb dieses schwache Resultat?

Diese Wahlen werden als Protestwahlen (wirtschaftliche Unsicherheit, Entlassungen, Asylunwesen, Überfremdung, Kriminalität usw.) in die schweizerische Geschichte eingehen. Die Mehrheit der Wählenden setzte ihre Hoffnungen in Grossparteien wie SVP und SP. Von diesen Parteien wird bekanntlicherweise seit Jahren in den Medien tagtäglich berichtet. SVP- und SP-Strategen verstehen es zudem genial, sich medial in Szene zu setzen, so z.B. mit der Forderung nach einem zweiten SVP-Bundesrat – noch am Wahlabend! Die Tätigkeit der Parteien-Vertreter in den Parlamenten scheint die Wähler wenig bis gar nicht zu beschäftigen. Mit Schlagworten, grossflächigen Inseraten und bekannten Gesichtern auf Wahlplakaten sowie Auftritten im Fernsehen kommen diese Kreise leicht zum Erfolg!

Kleine Parteien (wie die SD) verfügen wohl über ein erstklassiges Wahl- und Parteiprogramm, doch dies bleibt den meisten Wählern und Nichtwählern unbekannt. Wir können unsere politischen Ziele in der heutigen politischen Grosswelterlage (mit links/rechts!) mangels genügenden Mitteln (Geld, Geld und nochmals Geld!) gar nicht verbreiten, wie es sein müsste, um wirklich Erfolge einfahren zu können! Mit 25'000 Franken lassen sich in Basel keine eidgenössischen Mandate holen, wenn die Grossparteien hierfür das Zehnfache und noch mehr investieren! Diese Feststellung gehört auch in



Wie ein «kritischer» Wahlbeobachter den BS-SD-Ständeratskandidaten Markus Borner sah...

(Quelle: Personal-Informationen BS, PIBS, Okt. 2003)

die Rubrik «Demokratie!». Ob letztlich ein Bundesrat Christoph Blocher die von ihm erwarteten politischen und wirtschaftlichen Veränderungen auch umzusetzen vermag, ist mehr als zweifelhaft. Unsere Kantonalpartei zählt mehrere Hundert Mitglieder und Sympathisanten. Wem haben denn unsere politischen Gesinnungsfreunde ihre Stimme diesmal gegeben? Oder sind diese der Urne gar fern geblieben? Warum denn? Uns ist bewusst, dass unsere Partei bei kantonalen Wahlen immer ein viel grösseres Elektorat anspricht. Bei den Grossratswahlen erzielte unsere Partei in den letzten Jahren regelmässig zwischen 5 und 8 Mandate!

Überraschung bei den Ständeratswahlen

Die Sozialdemokratin (früher POCH) und bisherige Nationalrätin Anita Fetz übersprang – zur allgemeinen Überraschung – schon im ersten Wahlgang das absolute Mehr mit 27'521 Stimmen. Alle andern sechs Kandidierenden mussten sich mit schwachen bis sehr schwachen Resultaten begnügen. Der SD-SR-Kandidat Markus Borner erzielte 904 Stimmen. Bedenklich ist hierbei, dass der schon

früher (hin und wieder) kandidierende Eric Weber mit seiner «Spassliste» einige Proteststimmen auf sich vereinigen konnte, was letztlich zu einer Spaltung der nationalen Kräfte führte. Kommentar überflüssig!

Schlussbeurteilung

Die Schweizer Demokraten haben selbstverständlich (erneut) eine Chance bei Wahlen, wenn die Wählerinnen und Wähler schon in naher Zukunft realisieren werden (oder am eigenen Leibe zu spüren bekommen!), welche Politik denn SVP und SP in den Parlamenten wirklich betreiben. Unumgänglich ist ebenfalls, dass alle SD-Mitglieder, Freunde und Sympathisanten, auch wirklich zur Wahl gehen und die SD-Liste einlegen. Unsere potentiellen Wähler müssen über unsere Ziele informiert werden. Es gilt eben – um jede Stimme hart zu kämpfen – und dies in Zukunft noch mehr als in der Vergangenheit! Den Kandidaten, den Wahlhelfern und «innen», sowie Spendern dankt der Präsident für das Engagement namens des Parteivorstandes herzlich.

Markus Borner, Präsident SD-BS



Kanton Bern



Rückblick auf die Wahlplakate

Nur auf zwei Parteiplakaten ist noch ein Schweizerkreuz zu sehen. Auf demjenigen der SVP und demjenigen der SD. Doch das Kreuz der SVP wackelt und schwankt schon ein wenig, es steht schräg. Bei der FDP werden Eiger, Mönch und Jungfrau multigeografisch an den Bielersee geschwemmt.

Von unserem linken Staatsfernsehen werden Eiger, Mönch zu Kunz transferiert. (Deutsch: Hinz und Kunz; Berndeutsch: Hans was Heiri). An der Landesausstellung in Biel wurden verhudelte Schweizerfahren versteckt aufgehängt.

Wir Schweizer Demokraten belassen dieses schönste aller drei Gebirgsgestirne der Welt im Berner Oberland, und die Schweizerfahne auf unserem Plakat steht gross, senkrecht und wackelfrei. Nur bö-



se Schmierfinkfeinde hängen an unser Nationalsymbol schwarze Hacken an. Das kann uns nicht beleidigen, weil wir uns von den damit angedichteten Inhalten aufs Heftigste distanzieren.

SD Bern-Land, Ernst Christen



Kanton Thurgau



Schöne Sprüche: «Kehricht und die Detektive...»

Vor zehn Jahren wurde die linksgrüne Idee «Sackgebühr» geboren und von Bürgerlichen in Ermangelung besserer Vorschläge akzeptiert. Die «Medizin» zur Reduktion der Kehrichtmenge, damit so noch mehr Menschen in die dicht besiedelte Schweiz einwandern können, hat auch Nebenwirkungen, die von den Schöpfern tunlichst verschwiegen werden. Aber im Wahljahr 2003 ist Parteiwerbung wichtig: Die Abfallmenge habe sich trotz Bevölkerungswachstum (3,9% in den letzten zehn Jahren) um 15% verringert, weiss das BUWAL und die Sackgebühr habe eine überraschend hohe Akzeptanz...

Die Frage lautet: Wieviele Reinigungsequipen mussten neu geschaffen werden, die täglich den Dreck wegräumen? Wieviele Putz-

fahrzeuge wurden zusätzlich gekauft, die mit Fahrer, Bürstensatz und Erdgas den ganzen Tag Strassen, Plätze und Orte fegen? Wieviel Dreck, Papier, Abfälle, Flaschen und vieles mehr müssen entlang der Strassen, Autobahnen, Wege und zu Fuss zusammengetragen werden? «Den Anderen den Dreck wegräumen», heisst das Motto. Was leisten Förster und Personal, um Ablagerungen und ganze Deponien in den Wäldern wegzuräumen? Was Gemeinden und Bauern, um Wiesen, Felder und öffentliche Anlagen sauber zu halten? Soviel Dreck hat es früher nie gegeben! Papierkörbe wurden demontiert, konstruktiv verändert, die Öffnung verkleinert. So sei es den Sackgebühr-Schlaumeiern unmöglich, ihre Kehrichtsäcke gratis in den

öffentlichen Papierkörben zu entsorgen. Nun aber gibt es Abfallkörbe mit danebenstehenden Flaschen, Behältnissen und ganzen Reihen von kleineren und grösseren Abfällen. Die besagten Abfälle sind ein Augenschmaus für jeden Touristen! Wozu überhaupt noch aufstehen, fragen viele? Sie werfen Abfälle einfach Richtung Kübel oder lassen alles gleich an Ort und Stelle liegen. Wie gut für die Gemeinde, anstatt Abfallkübel zu leeren, kann sie gleich die ganze Gegend sauber machen! Was für eine tolle Lebensaufgabe! (den Anderen den Dreck wegräumen) Arme Steuerzahler!

Güseldetektiv – was ist das? Ganz einfach, er durchsucht mit Schutzmaske wild abgelagerte Abfälle und hofft, Hinweise auf den «Absender» zu finden. Dann wäre da noch

der Güselpolizist! Da auch Kehrichtsackmarken gefälscht werden, brauchen wir Spezialisten. Verladen sollen die Abfallsäcke zügig in den Wagen schmeissen und gleichzeitig die Echtheit der Marke prüfen! Eine wahre Meisterleistung! Dank Ausscheidung brennbarer Materialien werden die Inhalte der Abfallsäcke immer feuchter. Dadurch steigt der Verbrauch von Öl und Brennmaterial bei der Verbrennung – wie viel, wird uns nicht gesagt! Es lebe die links-grüne Sackgebühr! Natürlich ganz speziell zu Wahlzeiten! Nicht vergessen, Dreck und herumliegende Abfälle in der einst blitzsauberen Schweiz stinken zum Himmel und schaden gewaltig!

*SD Thurgau,
Kantonale Parteileitung*

Achtung: Wir haben eine Frist bis Ende November 2003!

Referendum gegen «Ausverkauf der Heimat»

Die Schweizer Demokraten, SD Thurgau ergreifen das Referendum gegen die Beschlussfassung des Grossen Rates vom 10. September und damit gegen das neue Gesetz, wonach Personen im Ausland hier Grundstücke erwerben können.

Mit der Begründung, der Rat erhoffe sich mit den 30 Bewilligungen pro Jahr Impulse für die Bauwirtschaft und den Tourismus – wo bestenfalls nebst Heeren von Billigarbeitern noch vereinzelte Schweizer tätig sind – wurde das neue Gesetz angenommen! Die Schweizer Demokraten aber haben die grösste Mühe mit derart fragwürdigen Argumenten. Sie begründen ihr Referendum wie folgt und hoffen auf die Unterstützung der betroffenen Gemeinden und auch der Steuerzahler:

Wenn Personen mit Wohnsitz im Ausland hier Grundstücke erwerben und überbauen, mag das die eine Seite der Medaille sein. Die grossen Nachteile für Gemeinde und Kanton aber werden unterdrückt! Die betreffende Person mit Wohnsitz im Ausland zahlt im Thurgau kaum Steuern, bestenfalls eine Kopfsteuer. Denn das erstellte Objekt ist ja in der Regel nur für kurze Zeit bewohnt, vielleicht für einige Ferienwochen pro Jahr. Dazu kommen aber noch ganz andere Nachteile für Gemeinden und Mitbürger! Die meisten Gemeinden kennen kaum kostendeckende Erschliessungsbeiträge;

Grundstückskäufer zahlen also selten die effektiv anfallenden Erschliessungskosten mit dem Perimeter. Normalerweise rechnen viele Gemeinden, dass der Käufer einer Bauparzelle nach der Erstellung des Objektes jahrelang Wasser, Strom und alle anderen Dienstleistungen der Gemeinde bezieht und natürlich auch Steuern bezahlt. Auf diese Weise hilft er dann, die Gesamtkosten zu tragen! Bei den «Personen mit Wohnsitz im Ausland» aber hapert das Ganze. Leitungen, Rohre und Anlagen müssen doch so dimensioniert werden, dass im Bedarfsfalle auch das besagte Haus genügend versorgt wird. Im Grunde zahlen also die anderen Einwohner die restlichen Kosten der ganzen Erschliessung. Wenn zudem Leitungen monatelang nicht benutzt und durchgespült werden (weil niemand im Hause ist), entstehen Schäden an den Installationen. Fauls Wasser (im nicht benutzten Hause) kann zudem auch die Gesundheit der Menschen im ganzen Quartier beeinträchtigen.

*SD Thurgau,
Kantonale Parteileitung*

Wichtig:

Bitte die Unterschriftenbögen gleich ausfüllen und ausfüllen lassen und senden an: SD Thurgau, Postfach 656, 8501 Frauenfeld.

(Neue Bogen unter 052 765 12 16)



Kanton Zürich



Ein gutes Produkt schlecht verkauft

Nachlese zu den Nationalratswahlen 2003 im Kanton Zürich

csz. Wer geglaubt hatte, noch schlechter als 1999 (1,6 Stimmenprozentchen) könnten wir, die traditionsreiche Zürcher Kantonalpartei, doch nicht mehr abschneiden, musste am 19. Oktober 2003 leider erkennen, dass dies ein böser Irrtum war. Mit einem Stimmenanteil von gerade noch 0,9% (etwa 3000 Wähler/-innen) haben wir einen traurigen Negativrekord erzielt und uns einstweilen

bei den Splittergruppen eingereicht!

Da kann man sich nicht einmal mehr beklagen, wenn die Medien uns Schweizer Demokraten kaum noch erwähnen... Eine genauere Betrachtung der Wahlergebnisse gibt erst recht zu denken. Zwei Beispiele genügen: In der Gemeinde Regensberg gibt es SD-Mitglieder, die sich jeweils auch auf Wahllisten aufführen lassen. Da fragt man sich schon, wie wir in dieser Gemeinde null (!) Stimmen erzielen konnten. Oder der Zürcher Stadtkreis 3, einst eine stolze SD-Hochburg mit über 10% Wähleranteil: Dort sind ca. 170 Personen als Mitglieder und Sympathisant(inn)en der SD registriert, aber bei den Nationalratswahlen legten nur ca. 130 Wähler unsere Liste ein. Offensichtlich gehen selbst Bürger/innen, die relativ eng mit unserer Partei verbunden sind und regelmässig unsere Informationen erhalten, nicht zur Urne oder – noch schlimmer und leider zu vermuten –

sie wählen gar andere Parteien!

Dies ist um so unverständlicher, als unsere Bemühungen, neue Mitglieder und Sympathisant(inn)en zu gewinnen, gleichzeitig durchaus erfolgreich sind und wir uns diesbezüglich keineswegs über einen Rückgang beklagen müssen. Bei Flugblatt- und Standaktionen klopfen uns die Leute auf die Schultern und erklären uns oft auch, sie würden für uns stimmen. Doch wo bleiben die Stimmen all dieser Bürgerinnen und Bürger? Vertiefte Gespräche mit einzelnen von ihnen zeigen rasch auf, wo das

Problem liegt. Ganz offensichtlich kennen zwar die allermeisten Schweizerinnen und Schweizer unseren Namen, wissen aber über unser Gedankengut kaum Bescheid. Viele glauben, wir seien so etwas wie eine kleinere SVP, und fragen uns dann, weshalb wir uns nicht dieser Partei anschliessen würden. Andere fürchten – durchaus zu Recht – den fortschreitenden Lohn- und Sozialabbau und meinen, sich dagegen nur wehren zu können, indem sie sozialdemokratisch wählen. Es ist leider eine Tatsache, dass uns

schlicht die Geldmittel fehlen

die nötig wären, um in der heutigen Massengesellschaft diesen verbreiteten Irrtümern wirksam entgegenzutreten. Dies gilt um so mehr, als die Medien, die Schulen usw. alles tun, um die falschen Vorstellungen über die Zielsetzungen der SD noch zu verstärken. Es nützt indessen wenig, über diese Zustände zu jammern, denn damit lassen sie sich ganz sicher nicht ändern.

Wir Schweizer Demokraten müssen lernen, die Kanäle, welche uns zur unverfälschten Verbreitung unseres Gedankengutes gleichwohl noch zur Verfügung stehen, besser zu nutzen. Am wirksamsten ist die persönliche Propaganda, die jede und jeder von uns im Freundes- und Bekanntenkreis machen kann.

Etwas mehr Zivilcourage ...

... und wir alle wären, was die Zahl der SD-Anhängerschaft betrifft, sehr wirkungsvolle «Multiplikatoren». Viel zu wenig genutzt wird unsererseits auch das Internet. Unser dortiger Auftritt ist nicht sehr professionell, und vom Inhalt her leider wenig aktuell. Es gibt auch zahlreiche Foren im Internet, auf denen sich unser Gedankengut unter die Leute bringen liesse. Man braucht sich schliesslich nicht zu schämen, Schweizer Demokrat/in zu sein. Im Gegensatz zum ganzen Politfilz (einschliesslich SVP!) stehen wir uneigennützig für unser Land ein, und wir haben

ein Programm von grosser politischer Sprengkraft!

Was gescheite Köpfe wie Valentin Oehen, Jean-Jacques Hegg, Hans Steffen, Franz Weber usw. in den Siebzigerjahren diesbezüglich erarbeitet haben, ist schlicht genial. Im Gegensatz zu anderen (vordergründig) patriotisch auftretenden Parteien hacken wir nicht nur auf den Asylanten herum, die wegen der hohen Kriminalitätsrate, der enormen Kosten usw. ein grosses Ärgernis sind, aber letztlich keine 10% der verheerenden Überfremdung unseres Landes ausmachen. Die Ideologie der Schweizer Demokraten ist ein zusammenhängendes, logisches Gedankengebäude. Wir wollen den freien, direkt-demokratisch strukturierten und unabhängigen Kleinstaat Schweiz als Lebensraum für kommende Generationen von Schweizern erhalten. Darum wehren wir uns gegen die Überfremdung und Übervölkerung der Schweiz, nicht bloss aus Neid auf den Asylanten nebenan, den man unser Sozialsystem als Selbstbedienungsladen missbrauchen lässt. Zur Zukunftssicherung für Volk und Land gehören auch der umfassende

Schutz von Natur und Landschaft

und die Einsicht, dass unser kleines Ländlein kein dauerndes Bevölkerungs-, Siedlungs-, Verkehrs- und Wirtschaftswachstum erträgt. Wir wollen zwar keinen alles regulierenden Staatsmoloch nach sozialistischem Muster, aber eine Schweiz, in welcher die

Solidarität unter Eidgenossen

hochgehalten wird, alle ihren gerechten Anteil am Sozialprodukt erhalten und nicht die «oberen Zehntausend» den weitaus grössten Teil davon an sich reißen können. Das ist ein ganz anderes Programm als dasjenige der SVP, bei dem sich alles nur ums Geld dreht und der Hauptinhalt der Politik darin besteht, dass die begüterte Oberschicht weniger Steuern bezahlen muss und zu Lasten von Mittelstand, Rentner- und Arbeiterschaft immer noch reicher wird! Nur wird dieses hervorragende «Produkt» von uns schlecht verkauft.

Wir Schweizer Demokraten haben es leider in den letzten Jahren zunehmend versäumt, die eklatanten Unterschiede zwischen uns und den grossen Regierungsparteien – vor allem auch der Blocherpartei! – deutlich genug hervorzuheben. Viele von uns sind jenen Kräften,

die uns als politische Kraft ausschalten und damit die patriotische Opposition erledigen wollen, auf den Leim gekrochen. Statt nur die SVP-Sprüche von Asylschmarotzern, «Sozialschlaraffern» usw. nachzubeten, sollten wir wieder vermehrt den fortdauernden Import von Arbeitskräften, die überbordende Bautätigkeit und die damit einhergehende Landschaftszerstörung anprangern. Eine weitere missliche Tatsache ist, dass uns weitgehend

die profilierten «Köpfe» fehlen

ohne die heute keine Partei mehr Erfolg haben kann. Da hilft Jammern wiederum gar nichts. Wir müssen unsere Werbung auch in gebildeten Kreisen verstärken – unsere Argumente sind stark und müssten doch gerade solche Menschen überzeugen! –, die interne Schulung vorantreiben und dafür sorgen, dass alle SD-Exponenten unser Programm gründlich kennen und es auch wirklich vertreten. Der Verfasser dieser Zeilen trat in den Siebzigerjahren der Nationalen Aktion bei und lernte die Partei damals als eine verschworene, einsatzfreudige Kampfgemeinschaft von Patriotinnen und Patrioten kennen. Leider haben sich auch in dieser Partei mit den Jahren Bequemlichkeit und Gleichgültigkeit breitgemacht. Wir können nur Erfolg haben, wenn wir

wieder mehr Kampfgeist beweisen!

Mit der eidgenössischen Volksinitiative zur Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten haben wir dazu ein erstklassiges Werkzeug. Damit könn(t)en wir die Leute überzeugen. Es ist schlicht unverständlich, dass es noch immer ganze Kantonalparteien gibt, die nicht die geringste Anstrengung unternehmen, um diese wichtige Initiative rechtzeitig zustande zu bringen. Dabei wäre der Boden dafür gerade bei der jungen Generation sehr fruchtbar. Wenn wir uns an Wahlen beteiligen, so tun wir dies nicht, damit wir auch dabei gewesen sind und vielleicht einige von uns auf einem Parlamentssitz Platz nehmen können. Wir tun es, weil es dringend nötig ist, wenn es dem Schweizervolk besser ergehen soll als es z.B. den Indianern Nordamerikas ergangen ist. Sie verpassten den richtigen Moment, um sich geschlossen und mit aller Entschiedenheit gegen die fremde Kolonisation ihres Lebensraums zu wehren. Nun leben

Fortsetzung Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

sie in öden Reservaten, vegetieren vor sich hin, und ihre Heimat gehört den Einwanderern.

Blocher nach Nigeria!

Der Wahlausgang vom 19. Oktober 2003 hat auch sein Gutes. SVP-Chef Blocher hat sich im Siegestaumel wiederum als Bundesratskandidat aufstellen lassen, und diesmal hat er beste Chancen, auch gewählt zu werden. Nun, ein Bundesrat mit SVP/FdP-Mehrheit wird zweifellos mit Sozialabbau, Wachstumswahn (Überbauung des raren Kulturlandes!) usw. einigen Schaden anrichten. Man kann nur hoffen, dass das mit Referenden der Linken etwas korrigiert wird. Mit Spannung darf aber darauf gewartet werden, wie die vielen Bürger/innen, die sich vom Vormarsch der SVP erhoffen, dass wenigstens die Überfremdung endlich gebremst wird, reagieren werden, wenn das nicht geschieht. Man stelle sich den frischgebackenen Aussenminister Blocher vor, der auf Steuerzahlers Kosten nach Nigeria fliegen muss, um sich er-

folglos darum zu bemühen, dass die dortige Regierung ihre illegal in die Schweiz eingereisten Bürger zurücknimmt... Schon wird versucht, der SVP im Gegenzug zur stärkeren Beteiligung an der Macht das Zugeständnis abzurufen, dass sie nicht gegen die Erweiterung des freien Personenverkehrs auf die neuen, osteuropäischen EU-Länder opponieren wird. Dass sie darauf eingehen wird, ist zu erwarten, wenn man bedenkt, dass dieselbe SVP auch schon verkündete, die Wirtschaft brauche nicht Kinderkrippen, sondern mehr Ausländer! Die vielen Baumeister, Hoteliers, Grossbauern usw. in der SVP, die nach billigen Arbeitskräften rufen, werden sich darüber freuen. Ob das auch die enttäuschten Schweizer Arbeitnehmer, Mieter und Rentner tun, die aus Protest SVP-Listen eingelegt haben, wird sich zeigen. Die SVP ist jetzt vermehrt gezwungen, Farbe zu bekennen und wird bald an Glaubwürdigkeit einbüßen. Dann ist unsere Stunde gekommen, aber bis dann müssen wir auch vorbereitet sein, um es besser zu machen.

Gesundheitsgesetz
(Abgabe von Medikamenten) Nein

Teilrevision des
Strafprozessrechts Ja

Volksinitiative für einen
Maximalsteuersatz von 98% Ja

Volksinitiative zur Abschaffung
der Handänderungssteuer Nein

Indem den Kirchen die Möglichkeit gegeben wird, über das Stimmrecht in Kirchenfragen autonom zu bestimmen, wird ein erster Schritt gemacht, um Ausländern auch die Einmischung in politische Angelegenheiten zu ermöglichen. Dies lehnen die SD in jeder Form ab. Mit der öffentlich-rechtlichen Anerkennung weiterer Religionsgemeinschaften entsteht zudem die Gefahr, dass fremdkulturelle Einflüsse und insbesondere

islamistische Umtriebe Auftrieb erhalten.

Ein Justiz- und Polizeizentrum wäre grundsätzlich wünschenswert. Das vorliegende Projekt ist aber viel zu teuer.

Mit der Abschaffung der kantonalen Nichtigkeitsbeschwerde gegen zweitinstanzliche Strafurteile wird der Tendenz zum überspitzten Formalismus im Strafprozess endlich Einhalt geboten.

Nachdem schon die Mehrwertsteuer ständig erhöht wird, hält es eine Mehrheit des SD-Vorstandes für geboten, wenigstens bei den kantonalen Steuern für eine Plafonierung zu sorgen und so eine immer stärkere Belastung der Steuerpflichtigen zu verhindern. Die Handänderungssteuer hingegen soll – ebenfalls gemäss einem Mehrheitsentscheid – als Instrument gegen die Bodenspekulation bestehen bleiben.

Bezirk Uster

Jubiläum der Familie von Kantonsrat Fischer

jhd. Am 21. September feierte die Familie von SD-Kantonsrat Hans Jörg Fischer auf ihrem Bauernhof in Guldenen auf der Forch bei Speis und Trank das 50-jährige Jubiläum ihrer Wohnsitznahme im Kanton Zürich. Sie stammt ursprünglich aus dem Aargau. Ein tiefblauer Himmel und herrliches Sommerwetter begleitete den Anlass, der mit 200 bis 300 Personen in einem grossen Zelt stattfand. Aus allen Winkeln des Kantons war die Prominenz angereist. Die Politik war durch aktive und ehemalige Parlamentarier vertreten, die SD durch die Gemeinderäte Werner Kessler und Jean-Jacques Hegg sowie den ehemaligen Nationalrat

Hans Steffen. Auch Bezirksparteipräsident Friedrich Auf der Maur mit seiner Gattin machte seine Aufwartung. Daneben waren Politiker von EVP und SVP anwesend, und der Bauernvertreter Nationalrat Max Binder sowie viele weitere Freunde überbrachten ihre besonderen Glückwünsche. Der Männerchor Egg, dessen Mitglied Kantonsrat Fischer ist, glänzte mit der Darbietung von gerne wieder gehörten Heimatliedern. In entspannter Atmosphäre wurde bis gegen die Abendstunden munter pokuliert. Auch der «Schweizer Demokrat» wünscht Hans Jörg Fischer und seiner Familie alles Gute für die Zukunft.

SD: Drei Nein zu den Kirchenvorlagen

Der Parteivorstand der Schweizer Demokraten (SD) des Kantons Zürich hat für die Volksabstimmung vom 30. November 2003 die folgenden Empfehlungen beschlossen:

Änderung der Kantonsverfassung (Aufgabenverteilung Kanton/Gemeinden) Ja

Änderung der Kantonsverfassung (Verhältnis Staat/Kirchen) Nein

Kirchengesetz Nein

Anerkennungsgesetz Nein

Justiz- und Polizeizentrum Zürich Nein



Bergier-Bericht an Schulen – ungeeignet!

Die geplante Einführung des 124-seitigen Geschichtsbuches auf der Grundlage des Bergier-Berichts bringt pädagogisch vor allem eines: Schuldgefühle und Hass gegen die Schweiz. Einen «kritischen Umgang mit der Geschichte zu pflegen» ist zwar wichtig, mit diesem Buch wird jedoch eine Art pädagogischer Verschwörung gegen unser Land eingeläutet.

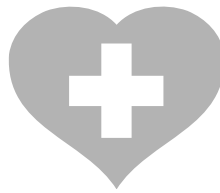
Die wenigsten Schüler erkennen den Unterschied zwischen einer tendenziösen und einer sachlich gerechten Haltung ihres Lehrers. Jugendliche haben noch nicht die Fähigkeit und Courage zu differenzieren, relativieren und vor allem ihre Lehrer zu hinterfragen, ausserdem sind sie sehr sensibel und

spüren sofort, ob der ihnen gegenüber referierende Lehrer persönlich der Schweiz gut gesinnt ist oder nicht.

Was haben Erziehungsdirektoren für ein Interesse, ein Buch zu lancieren, welches dauernd nach Mängeln, Schwachpunkten sowie Handlungsspielräumen in der damaligen Politik des 2. Weltkrieges sucht und die vielen humanitären Hilfeleistungen, sowie die grosse unfreiwillige Deutschland-Handels-Abhängigkeit der Schweiz bloss nebenbei erwähnt?

Wie soll eine selbstbewusste Jugend heranwachsen, wenn im Geschichtsunterricht ständig Gewissensbisse vermittelt werden?

Marcus Stoercklé jun., Basel



Femmes européennes, vous êtes en danger



Mary Meissner,
Vernier

Votre seule barrière de protection, c'est la droite dure que je refuse à baptiser d'extrême-droite depuis que le politiquement correct lui a apposé le sceau de l'infamie cher à la gauche caviar internationaliste. Cette dernière si prompte à se battre contre les injustices sociales, ne se rend même pas compte qu'en luttant pour l'ouverture des frontières et l'accueil inconditionnel des migrants de toutes sortes et de tous horizons, elle fait le lit d'abord aux passeurs qui se remplissent les poches, elle met en danger de mort les réfugiés entassés dans des transports iniques, mais surtout elle prépare l'islamisation des populations occidentales dont les femmes seront les premières victimes. Remercions les droites européennes de reprendre du poil sur la bête, car elles seules luttent depuis un demi-siècle pour stopper les flux de réfugiés, demandeurs d'asile et autres migrants. Parmi ceux-ci, il y a une majorité de musulmans qui envahissent sans bruit, mais avec constance et surtout par la matrice, les peuples européens considérant déjà l'islam comme la deuxième religion officielle de leurs pays. Ces millions de musulmans aux mœurs si différentes des nôtres changent le panorama de nos cités par la construction de mosquées aux minarets arrogants, ils demandent des jours fériés et l'application stricte du ramadan égorgeant des milliers de moutons, leurs tapis se déroulent du côté de la Mecque dans nos rues et la violence augmente dans nos écoles. Vous, femmes et jeunes filles européennes, êtes les victimes chrétiennes offertes à ces garçons pas encore barbus, qui considèrent la femme comme une paillasse, bonne à être violée dans les escaliers d'immeubles-dortoirs, ou dans des tournantes abjectes au fond de caves humides. Leur religion les incite à tuer une sœur si elle

flirte avec un impie, et si une femme ose transgresser la fidélité, elle est sauvagement lapidée. Les hommes par contre se croient tout permis.

N'oubliez pas le port du voile, femmes européennes, ce signe extérieur d'esclavage et d'obéissance aux lois coraniques. Aujourd'hui cela n'a l'air de rien parce que ces musulmans sont encore minoritaires, mais lorsqu'ils atteindront le 50% de la population, ils exigeront qu'on respecte leurs coutumes. Puis dès qu'ils seront majoritaires, ils changeront les lois laïques pour imposer à toutes les femmes indépendamment de leur religion, le voile, puis la burqa. Déjà en France, les manifestations d'intégrisme dans les hôpitaux prennent une ampleur inconnue jusqu'ici. Une commission tente de trouver une solution démocratique, mais les femmes restent apathiques face à ce défi et aucune n'a été jeter son soutien-gorge aux ordures pour manifester son refus d'écrasement. Dans les maternités surtout, on voit le renforcement du port du foulard jusqu'à la burqa avec des gants et l'accompagnement du mari. Ces malheureuses n'ont pas droit à la parole. L'homme interdit qu'elles soient soignées par un médecin, seulement pas des femmes, mais c'est difficile en cas d'urgence. Cependant ces messieurs n'en ont cure. Ils refusent la péridurale, interdisent l'entrée de la salle de travail à tout mâle quel qu'il soit, et exigent un paravant autour du lit de leur épouse afin que le mari visitant la voisine ne la voie pas. Beaucoup de patientes demandent l'IVG et menacent de se tuer en cas de refus. Voilà une régression de la femme en Europe et aucun mouvement féminin ne lève le petit doigt pour se regimber, manifester et proposer des lois protectrices pour toutes les femmes habitant le pays. Où êtes-vous madame Veil?

On voit également apparaître des kippas, mais les médecins qui ont voulu la porter se sont fait réprimander, car ils soignent toutes sortes de patients aux croyances diverses. Ce qu'on ne peut interdire aux visiteurs. L'apparition de signes religieux dans les hôpitaux est récent et cela commence à sentir le rous-

si. Il arrive aussi que des hommes soignés par des infirmières portant le voile, refusent d'être «soignés par des intégristes.»

Revenant à la seule protection valable des partis de la droite dure, nous relevons que la Suisse a refusé de signer la Convention sur les migrants. Le Guatemala, 20e pays à signer aux Nations Unies cette convention après 13 ans, n'a pas encouragé la Suisse à le suivre. Car cette Convention permet d'étendre les droits fondamentaux à tous les travailleurs migrants, musulmans compris. Elle leur reconnaît une égalité de traitement avec les nationaux en matière d'éducation, de formation professionnelle, de logement, de services sociaux et sanitaires et de participation à la vie culturelle. Le texte réaffirme le droit au regroupement familial, à la protection juridique et interdit l'expulsion arbitraire. Il n'est fait aucune mention sur les obligations

à se conformer aux coutumes du pays d'accueil et au respect des lois en vigueur, comme la répudiation en trois mots, des oripeaux ostentatoires, l'assassinat d'enfants récalcitrants ou la polygamie. Donc la Suisse a eu raison de refuser de signer une telle Convention préférentiellement en faveur des nationaux en faveur des étrangers. Naturellement, il fallait s'y attendre, les gauchistes infiltrés dans cette Commission ont traité la Suisse de rétrograde avec un «Conseil Fédéral ayant une vieille attitude défensive, n'ayant pas encore pris le pli onusien.» Merci bien, si c'est pour se laisser bouffer par toutes sortes d'étrangers étranges dont la majorité a pour but de museler les femmes et ceux qui les défendent, le peuple Suisse a compris le danger en votant massivement pour l'UDC dimanche 19 octobre, le seul parti clairvoyant et conscient des responsabilités qui l'attendent.

Les errances de la Banque Mondiale (BM)

Notre pays fait partie de la BM et paie très cher la faveur d'y avoir un siège. Cela ne lui suffit pas puisqu'elle distribue pour se faire bien voir, nos millions facilement acquis par le truchement de nos impôts. La dernière subvention se monte à 5 millions de \$ offerts au Tadjikistan pour le développement de l'électricité au Pamir, alors que nous sommes incapables chez nous, d'améliorer notre propre réseau électrique qui vient de faire la une dans la presse européenne après le black-out de l'Italie entière. Naturellement l'Italie rejette la faute sur la Suisse et demande le remboursement des énormes frais occasionnés par cette panne due à un arbre suisse tombé sur la ligne de haute tension desservant la Péninsule. Il ne faut pas perdre de vue que ces millions n'iront pas dans la bonne direction, mais serviront à améliorer le menu financier des investisseurs d'abord et seulement quelques miettes serviront à bricoler un réseau inexistant à ce jour au Pamir. L'industrie

privée ne travaille jamais à perte. La BM devrait mieux s'informer avant de distribuer des millions au premier venu. Il faudrait éduquer certains gouvernements à mieux gérer leurs finances et distraire une partie de cette manne dans un but éducatif pour préparer les responsables à une économie de marché. Cela éviterait peut-être un gaspillage inutile, car évidemment la faute première est l'incurie régnant dans les pays les plus pauvres et la BM joue sur du velours. Comme d'autre part l'AMI pointe de nouveau son nez pour libéraliser à outrance les investissements destinés aux multinationales sans contrôle de l'Etat, les firmes privées ont de beaux jours devant elles. C'est pourquoi on ne peut approuver le gouvernement suisse qui puise dans une caisse fédérale vide pour assécher nos réserves en faveur d'améliorations partielles dans le monde entier ressemblant à des délits d'initiés.

Charlotte Morel

Où va l'argent versé par les membres de l'UE

Il y a des années que notre parti dénonce les dysfonctionnements de l'UE sur de nombreuses questions sans qu'il y ait eu beaucoup de changements dans la manière d'agir de ces petits dictateurs auto-proclamés qui siègent à Bruxelles. Sans revenir sur les magouilles de ventes à répétition d'un même produit, des subventions incontrôlées pour payer la surproductions coûteuse de certaines denrées afin d'aider par ce biais les pays les plus pauvres de l'Union, la construction superfétatoire de salles de bains individuelles dans le palais de Bruxelles, ou l'aide aux chasseurs, voilà que ces messieurs décident, dans le cadre du projet MINOTAUR, de verser une subvention de 1,3

millions d'euros, afin d'établir en Europe la pratique de la corrida. Pour les pays qui, comme la Suisse, interdisent de tels actes meurtriers envers les animaux, que penseront les populations qui, par le truchement de leurs impôts, contribueront malgré elles, à perpétrer cette horrible pratique considérée par les Espagnols (et les Mexicains, ne l'oublions pas) comme une tradition nationale!

C'est une hérésie de la part des gnomes de Bruxelles de vouloir intégrer à coups de millions, la culture et la tradition des régions méditerranéennes, les fêtes avec les taureaux qui finissent toutes dans un bain de sang pour ces animaux in-

offensifs qui de plus, servent à les nourrir.

Lorsqu'on entend des foules hystériques crier «Olé» à chaque passe mortelle, on se croirait à une foire préhistorique et je connais des gens qui se sont enfuis des arènes tant ce spectacle est insupportable. D'ailleurs j'ai fait de même lorsque j'étais à Mexico où ce spectacle régnant avait lieu.

Il faut dès lors se poser des questions sur les qualités morales des personnages qui gèrent le destin de l'UE? Quel est le niveau spirituel et éthiques de ces politiciens qui prétendent diriger notre vie? Ces politiciens qui élèvent la barbarie au rang de culture «artistique» financée par les Européens sans leur consentement!

Je me demande si l'instauration d'un procès par la Cour Internationale de Justice des Droits de l'Animal présidée par Franz Weber à Bruxelles le 24 novembre dès 9

heures, à la salle Eugénie Dupreel, Institut de sociologie, av. Jeanne 44, servira à quelque chose? On y accusera l'UE représentée par la Commission Européenne ainsi que les gouvernements et les ministres responsables des pays impliqués dans les corridas. Il faudrait l'implication officielle de tous les pays du globe.

Voilà une raison supplémentaire pour que la Suisse s'abstienne d'entrer dans cette enceinte de fous furieux.

Mary Meissner, Vernier

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates Suisses** **DS**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:
Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

La nouvelle Constitution européenne, un féodalisme marxisant

Cette Constitution de 298 pages contient de tout: un hymne tiré de la 9e symphonie de Beethoven, une devise «Unité dans la diversité», et même la fixation d'une journée de l'Europe, le 9 mai? Ce qui manque, c'est le bon sens et Giscard d'Estaing, le responsable de ce fatras incompréhensible, confirme que la complexité de ce document a été voulue ainsi pour empêcher le citoyen européen d'en comprendre le sens et de s'en mêler.

Le gouvernement européen qui serait installé à Bruxelles aurait son propre ministre des affaires étrangères qui déciderait de la politique extérieure de TOUS les Etats membres. Il aurait sa propre armée poursuivant ses propres objectifs militaires non seulement en Euro-

pe, mais sur tous les continents où ses bureaucrates estimerait qu'ils doivent défendre les intérêts de l'UE, percevrait des impôts auprès des citoyens, les jugerait, leur imposerait ses décisions et prendrait toutes mesures relatives à la production agricole, aux activités financières et politiques au nom des Etats membres muselés.

Le nouveau féodalisme de cette Constitution instaurerait et excluerait tout débat. Les décisions seraient prises au sommet par des bureaucrates bien payés qui ne se considèrent pas comme appartenant à une nation, mais comme des eurocrates au vrai sens du mot.

Les disputes qui seront engendrées par des interprétations diverses à cause des formulations contradic-

toires contenues dans les textes de ce document obscur, occuperont des hordes de juristes qui gagneront beaucoup d'argent. Peut-être Giscard d'Estaing a-t-il concocté cette Constitution pour assurer du travail à ses copains avocats. On revient à une dictature sans démocratie, dotée d'un système institutionnel à la mode stalino-marxiste, empêchant les citoyens à reprendre des libertés durement acquises, interdisant la liberté de pensée. Désormais, ils ne seront plus soumis à des rois ou des seigneurs, ayant droit de vie ou de mort, mais à des bureaucrates self-proclamés dirigeant la Grande Europe avec son Conseil n'ayant de compte à rendre à personne.

Charlotte Morel

Viticulteurs à l'assaut de Carrefour

Depuis que les firmes françaises sont venues s'installer au milieu de nos grandes surfaces, rien ne va plus dans l'échelle des prix. Les viticulteurs genevois par exemple sont partis à l'assaut d'un supermarché français qui bradait les prix des vins mettant ainsi en péril la production Suisse. Une promotion du chasselas romand vendu fr. 14.70 les six bouteilles est à l'origine de la manifestation. En dessous

de 5.- francs la bouteille, un viticulteur ne rentre pas dans ses frais et ceci importe peu à la grande distribution. Mais si des firmes françaises entrent dans ce petit jeu, la casserole déborde.

Ce qui me fait dire qu'il serait grand temps de contrôler ce dumping des prix qui est possible grâce aux bilatérales qui ouvrent grandes nos portes à la production étrangère, car dès l'ouverture des fron-

tières à la libre circulation des personnes, ce processus s'appliquera aussi aux salaires. N'oublions pas qu'à Genève et Vaud, nous avons déjà 41'000 frontaliers. Les syndicats s'occupent de la question, mais il y a tant de lois chez nous qui ne sont ni appliquées ni sanctionnées, que l'on peut prévoir de graves troubles populaires.

Octopus

Les hommes sont devenus fous et inconscients

Sans parler des guerres, des génocides, des asiles psychiatriques et des camps de la mort qui existent toujours sous une forme ou sous une autre, voilà que vient s'ajouter aux problèmes de l'euthanasie, celui des enfants maltraités, abusés, exploités et malades, rejetés comme une marchandise produite en trop et laissés seuls dès leur plus jeune âge dans la nature sauvage ou les miasmes urbains.

Auparavant, la religion essayait de freiner la luxure et ses dérives, mais comme il n'y a plus de religion qu'elle soit chrétienne, musulmane ou juive, etc., les tabous n'existent plus et la peur d'un châtement divin non plus. Alors on assiste à un débordement du sexe sous toutes ses formes, la pire étant la procréation de petits êtres innocents destinés à de viles pratiques. Les mères indignes accouchent, puis se débarassent d'un bébé comme d'une tumeur maligne sous prétexte de pauvreté, de fatigue ou de maladie.

Pourquoi ne peuvent-elles pas réfléchir avant d'avoir un moment de plaisir conduisant à de telles horreurs.

Bien sûr je ne parle pas des familles «normales» (s'il y en a encore beaucoup), mais de ces milliers d'enfants africains qui travaillent dans des mines, des milliers d'enfants indiens, malaisiens ou indonésiens, qui deviennent une marchandise sexuelle dès l'âge de 4 mois, des milliers d'enfants européens acteurs pornos qui deviennent la proie des pédophiles et j'en passe.

Toutes ces œuvres humanitaires et ces bien-pensants bêlants, y compris le Vatican, feraient mieux de défendre le malthusianisme et essayer d'éradiquer le mal à la racine. C'est bien beau de se cacher derrière la bannière de l'éthique et du respect de la vie en brandissant pour se justifier la Charte des Droits de l'Homme! De quel droit parle-t-on? De droit pour un enfant, de mourir sur le bord d'un trottoir? Du droit d'être violé dans son âme et son corps? Du droit de devenir de la chair à canon? Et tout cela parce que l'homme, comme les singes, ne réfléchit plus lorsqu'il s'agit de sexe. Il fait n'importe quoi, n'importe où, n'importe comment sans réfléchir aux conséquences. Et il y a des hommes et des femmes qui prêchent souvent par partis politiques interposés, et sous prétexte religieux, pour un droit à la vie (quelle vie?) sur une terre surpeuplée.

Vu que ces aberrations enfantines deviennent monnaie courante dans des pays sous développés, ne pourrait-on pas stériliser d'une manière ou d'une autre les femmes ou hommes qui enfantent en masse obligeant leur progéniture à se prostituer ou à vivre dans la misère noire, contribuant ainsi à destabiliser les populations dans les pays plus développés où ils viennent se réfugier. C'est un trafic qui jette sur le marché populaire des gosses dégénérés abusés et détruits sans scrupule?

Pire. Des dérangés de la génétique veulent créer des clones ou des triplés, des naissances artificielles et des bébés-éprouvettes, comme si nous étions à la veille d'être une race en voie de disparition! Le premier pays ayant compris le problème, c'est la Chine qui exige légalement un contrôle des naissances à un enfant par couple sous peine de graves sanctions. Il faudrait imposer une telle manière de faire à tous les pays où les couples ont plus d'un gamin. L'Inde en tuant les filles ne résout pas le problème. L'homosexualité a tendance à améliorer cette situation mais s'ils ne sont pas en même temps stériles, et comme le sexe prime tout, il y a des homos pères et mères de famille.

Il y a tellement d'hypocrisie lorsqu'on s'attaque au sexe à travers les perversions enfantines, (les pédophiles restent impunis, les maquerelles polluent sans coup férir les corps et les esprits, le SIDA se transmet sans contrôle et sans médicament), des enfants travaillent dans des mines ou des ateliers clandestins jusqu'à n'être plus que des squelettes malades alors que des mercenaires anarchistes en font des tueurs souvent irrécupérables.

Le monde ressemble à une grande fabrique lubrique qui éjecte des matrices de femmes ou d'incubateurs, des milliers d'enfants à la minute. Cette marée se partage en bons éléments protégés et en victimes innocentes tous futurs pollueurs de l'environnement. Une fois adultes quelques individus essaient de faire face aux tragédies, aux maladies, aux famines, aux manque d'abris, à la pénurie d'eau et d'énergie, et certains autres détruisent à coups de bombes des endroits de la planète par pure soif de pouvoir. Décidément les hommes sur cette Terre perdue au milieu du cosmos s'autodétruisent à qui mieux-mieux et quoique certains d'entre

eux désirent améliorer cette gagerie, ils ne savent que créer des lois emberlificotées, des gouvernements boiteux, une justice pourrie, un commerce empoisonné et une agriculture génétiquement modifiée et dangereuse pour les êtres vivants. Ils ne respectent plus rien. Ils torturent les animaux par la vi-

vissection, les corridas, les hécatombes de mammifères marins, la chasse virulente, la pêche monstreuse, les tueries sanglantes dans les abattoirs et durant les fêtes religieuses, l'élevage intensif et les génocides en cas de maladies incurables. Quo vadis humanité?

Maria de Seimners

Le mot Liberté doit disparaître du dictionnaire

Climat pré-révolutionnaire

Quand on lit dans la presse le déroulement des procès intentés contre quelques individus traités souvent de racistes à mauvais escient, ou contre des révisionnistes ayant transgressé l'art. 261 bis de la constitution, quand je lis dans nos journaux romands que le Panthéon genevois du cimetière des Rois abrite un certain Léon Nicole le pire stalinien qu'ait connu la Suisse, mais pas Georges Oltramare son ennemi politique nationaliste aussi connu que lui à la même époque, quand on ouvre la télévision ou la radio à certaines heures de grande écoute et que l'on tombe à 90% sur des émissions consacrées aux anciens communistes ou à des écrivains de gauche, quand de grandes pages de nos journaux consacrent de grands articles au mondialisme destructeur, avec commentaires élogieux, alors que les malheureux Tchétchénes et les Palestiniens ne méritent que des articles qui ne défendent jamais leurs droits à vivre libres sur leur terre ancestrales, quand on ne parle jamais des sociétés occultes qui dirigent le monde (CFR, Fabians, Trilatéralistes, et surtout Francs-maçons) alors que beaucoup d'encre trop sympathique présentent les OMC, BM, FMI, G8, ou Forum de Davos comme des entités bénéfiques pour le monde entier, on peut vraiment sentir ces ondes perverses marxistes entachées de l'internationalisme communiste, qui sont répandues dans nos esprits, nos âmes et nos cœurs pour essayer de destabiliser les systèmes de pensée établis depuis des siècles, avant les Illuminés de Bavière et Marx ou Engels. Donc c'est la mise en place d'une politique mondiale qui s'attaque aux croyances, à la sécurité mentale des gens et tout ça accompagné de l'appât du gain et du leurre de la paix. Or en regardant en arrière, on voit que rien n'a changé dans la vie des peuples. Au Moyen-Age, il y avait les Seigneurs muselant leurs vas-

saux, aujourd'hui, il y a les articles de lois muselant la liberté d'expression avec procès à l'appui. Il y avait les grandes guerres impliquant de grandes nations, aujourd'hui ces peuples vivent dans la peur du terrorisme sournois et des centaines de petits conflits pourrissent la vie de millions de citoyens. Jadis on devait s'acquitter de la dime et partir à l'armée sous contrainte, maintenant on doit payer des impôts pas toujours bien redistribués et subir des pertes abyssales issues de diverses malversations et le service militaire «volontaire» envoie des jeunes hommes à la boucherie tout comme dans le passé. Auparavant, il y avait de la misère dans les villages, aujourd'hui la pauvreté est endémique dans les villes aggravée par la plaie des nombreux drogués et les paysans sont en voie de disparition en faveur des multinationales agroalimentaires. Les gens de la terre redeviennent des serfs corvéables à merci surtout en Amérique du Sud. En somme on dirait que des forces occultes assoiffées de pouvoir, s'ingénient à mettre le chaos dans le monde à leur profit et elles s'attaquent subtilement par une propagande dangereuse au psychisme humain pour mieux l'asservir. D'où le stress et l'explosion des frais psychiatriques. Je pense que nous sommes nous, les citoyens, dans l'ambiance de la pré-révolution française qui fut télévisée par les francs-maçons et la guillotine est en place sous forme des lois anti liberté de pensée. Nous dansons sur un volcan prêt à exploser, mais comment?

Mary Meissner

Prénom originaux

Ding et Dong deux petits pandas du zoo d'Eichberg dans le canton de St-Gall viennent de donner naissance à deux bébés prénommés Ping et Pong. Il y a comme ça des nouvelles qui rafraichissent l'âme.

Octopus

Allerdringendster Aufruf zum Unterschriftensammeln!

Weil der Eingang von Unterschriften für unsere Volksinitiative «Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten» an unser Sammelstelle in Baden bisher enttäuschend klein ist – bis zum Datum des 1. November lagen dort erst rund 14'800 Unterschriften! – hat der Zentralvorstand an seiner letzten Sitzung am erwähnten Datum ernsthaft die Frage geprüft, ob die Sammlung nicht abgebrochen und die Initiative aufgegeben werden

solle, wobei allen Anwesenden bewusst war, dass ein solcher Beschluss auch das wahrscheinliche Ende der Partei sein dürfte. Nach einer engagierten und eingehenden Diskussion wurde aber einstimmig beschlossen, die Sammlung doch noch vorläufig weiterzuführen. Soll sie zu einem erfolgreichen Ende von über 100'000 gültigen Unterschriften gebracht werden, bedingt dies allerdings einen Kraftakt! Alle, aber wirklich alle sind dazu aufgerufen, jede Gelegenheit zu ergreifen, möglichst rasch und möglichst viele Unterschriften herbei zu bringen!

Weitere Unterschriften können bestellt werden bei: Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116, 3001 Bern, E-Mail: sd-ds@bluewin.ch.



Schweizer Demokraten

SD auf Internet

www.schweizer-demokraten.ch

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT

PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Wachstum ist negativ!

Dank Wachstumsschwäche geht es schlecht, meint nicht nur Herr Held. Aber die Art Wachstum, praktiziert von den Verantwortlichen in Wirtschaft und Regierungsparteien, ist seit Jahren kontraproduktiv! Wie lange wird es noch dauern, bis die klugen Köpfe dies realisieren? Jedes Jahr einfach 40–60'000 Einwanderer mehr, und das Wachstum ist perfekt – meinen sie! Dabei wird nur noch alles teurer (Bodenpreise), da unser Lebensraum beschränkt ist. Auch Entsorgungen (z.B. Abwasser, Luft, Lärm) werden immer kostenintensiver und Produktionslinien, die

vor zehn Jahren gewinnbringend waren, müssen ausgelagert werden! Wie lange wird es noch dauern, bis unsere Regierungsparteien, Universitäten und Unternehmer merken, dass für die Schweiz nur noch ein qualitatives Wachstum in Frage kommen kann? Wirtschaftswachstum mit Einwanderung aus aller Welt macht die Schweiz immer teurer, lässt das Niveau sinken und wertvolle Arbeitsplätze gehen zwangsweise, aber Schritt um Schritt verloren! Wann erwachen sie, wann?

Willy Schmidhauser, Dettighofen

SD-Erfolge im Nationalrat:

Der Ständerat überwies eine Motion, wonach Übergriffe auf das Personal im öffentlichen Verkehr künftig als Offizialdelikt geahndet werden. Der Na-

tionalrat stimmte mit 78:77 (!) Stimmen einem SD-Postulat zu, wonach Entwicklungshilfe bei massivem Asylmissbrauch eingestellt wird. Bravo!



Initiative Unterschriftensammlung etwas besser, aber weiterhin ungenügend

Die Unterschriftensammlung für unsere Volksinitiative «Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten» verläuft weiterhin zu wenig aktiv. Hier zuerst einmal der Stand der Unterschriftensammlung per 31. Oktober 2003:

AG	1226
BE	2483
(davon Stadt Bern allein 923)	
BL	544
BS	167
ZH	5623
(davon Stadt Zürich allein 2317)	
LU	707
NW	101
OW	25
SZ	92
Übrige Innerschweiz	29
SG	1689
TG	376
AR	292
AI	64
SH	93
GR	66
SO	53
Westschweiz + TI	256
(davon Kt VD allein 145)	

Total 13'886

Das ist zwar gut das Doppelte als noch vor zwei Monaten, aber noch immer völlig ungenügend. Allein ca. 3000 dieser neuen Unterschriften wurden während der OLMA in

Initiative

St. Gallen gesammelt; deshalb auch der erfreuliche Unterschriften-Zuwachs in den Ostschweizer Kantonen. Ich möchte dem St. Galler Kantonalpräsidenten Roland Uhler und seiner Sammelequipe herzlich danken für ihre vorbildliche Sammeltätigkeit. Roland hat sogar extra für die Unterschriftensammlung Ferien genommen! Auch die Kantonalsektionen Zürich und Bern haben im Vorfeld zu den Nationalratswahlen an ihren Wahlkampfständen erfolgreich gesammelt. Wenn man aber bedenkt, dass wir in total 10 Kantonen in den Nationalrat und teilweise in den Ständerat kandidiert haben, muss man sich nicht wundern, dass wir an den vergangenen nationalen Wahlen so schlecht abgeschnitten haben. Hat man in den übrigen Kantonen geschlafen oder gedacht, mit dem Verteilen eines Flugblatts habe man genug getan? Dabei hatte man mit unserer Initiative ein wirklich gutes As gehabt, um die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu überzeugen, dass nur wir Schweizer Demokraten die Schweiz den Schweizern erhalten wollen. Aber auch privat haben einige Mitglieder und Sympathisanten eifrig gesammelt, teilweise sogar sehr aktiv. Diesen ein ganz spezieller Dank!

Es ist wirklich traurig, dass sich wieder einmal einige Leute die Füsse in den Boden stehen, um Unterschriften für diese Initiative zu sammeln, während der Grossteil der Mitglieder sich zurücklehnt und den Schlaf des (Un)gerechten schläft.

Trotzdem wir weit hinter dem gesetzten Ziel, bis zu den National- und Ständeratswahlen mindestens 30'000 Unterschriften zu sammeln, stehen, ist noch nichts verloren. In den restlichen 10 Monaten können die notwendigen Unterschriften noch gesammelt werden, aber nur, wenn wirklich jeder am gleichen Strick zieht. Während der kommenden Wintermonate wird die Sammeltätigkeit auf Strassen und Plätzen wohl etwas nachlassen, denn wer steht schon gerne bei Nässe und Kälte stundenlang an einem Stand. Auch die Passanten bleiben nicht sehr gern stehen und frieren sich beim Unterschriften fast die Finger ab. Aber jeder kann doch in seinem Freundes- und Bekanntenkreis, bei Verwandten oder in seiner Nachbarschaft sammeln. Und im Frühling müssen wir dann zu einem ganz energischen Schlusspurt ansetzen!

Dragan Najman, Grossrat, Baden

